Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 131 26. Juni 1976

D 22354 C

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".



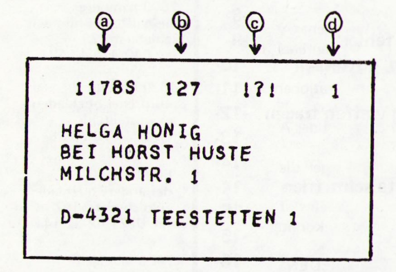
HAUSMITTEILUNG

Lieber ID-Abonnent,

Ab nächster Nummer erscheint der ID im Postzeitungsversand. Für den Übergang der Abonnentenkartei auf Computer ist es wichtig, daß ihr sofort alle fehlenden Abonnentenbeiträge bezahlt. Deshalb haben wir uns zu einer letzten Mahnaktion entschlossen. Wenn ihr in den nächsten Tagen eine Mahnung erhaltet, zahlt bitte sofort die gemahnte Summe auf unser Postscheckkonto Ffm 52 52 28 – 602 ein! Ungemahnt bei uns eintreffende Summen bereiten uns natürlich mindestens ebenso große Freude!

In Zukunft werden keine Mahnungen mehr verschickt, sondern der Versand einfach eingestellt, bis ihr bezahlt habt. Ihr könnt nämlich jetzt selbst sehen, wie es um euer Abo steht.

Das geht so (bitte genau durchlesen):



Über der Adresse stehen vier Zeichen (auf der grafischen Darstellung der Adresse mit ⓐ, ⓑ, ⓒ, und ⓓ bezeichnet.)

ⓐ stellt die Nummer des Abonnements dar. Schreibt bitte diese Nummer ab sofort bei jeder Zahlung auf die Zahlkarte oder den Postscheckabschnitt (der Kennbuchstabe am Ende hilft dem Computer Falschbuchungen zu vermeiden).

ⓑ gibt die ID-Nummer an, bis zu der ihr bezahlt habt (einschließlich). Ihr seht und kontrolliert selbst, wann ihr nachzahlen müßt. Zahlt bitte wie bisher einen Monat vor Ablauf des Abos für weiteren Bezug, zahlt gleich für mehrere Monate oder das ganze Jahr, mindestens jedoch 18 Mark (für 12 Nummern).

ⓒ ist normalerweise eine nicht in Erscheinung tretende Position, wenn hier jedoch die Orientierungshilfe !? ! steht, bedeutet dies, daß euer Abo im nächsten Monat ausläuft.

ⓓ zeigt die Anzahl der Exemplare an, die ihr bezieht (wichtig für Mehrfach-Abonnenten wie Buchläden etc.)

Wenn die Ziffer unter ⓑ beispielsweise bei dir jetzt 135 zeigt, wäre es Zeit, zum Postamt zu gehen, zwecks Zahlung.

Jede Woche werden eine Menge ID's von der Post an uns zurückgeschickt, weil sie nicht zugestellt werden konnten. Überprüft bitte eure Adresse auf dem Aufkleber und schreibt uns, wenn Fehler drin sind, auch dann, wenn ihr den ID regelmäßig bekommt. Bringt euren Namen am Briefkasten an, nicht allen Briefträgern seid ihr persönlich bekannt.

Gebt bei Adressenänderungen eure Abonummer an und das Zustellpostamt! Stellt bei Umzug einen Nachsendeantrag bei der Post, wir können die Etiketten nicht sofort ändern.

PRINZING SETZT VÖLKERRECHT AUSSER KRAFT

CIA–ANTRÄGE IM RAF PROZESS

STAMMHEIM (ID) 23.Juni

Im RAF-Prozeß sollte am Dienstag,22. Juni durch von der Verteidigung geladenen Zeugen die politisch historische Dimension eingebracht werden, um deren Aussparung die Bundesanwaltschaft und das Gericht verbissen kämpfte. Auf prozessualem Wege wurde das erneut mit makaberer Kaltschneuzigkeit verfügt:

Die Beweiserhebung über die Voraussetzungen der RAF-Politik, die imperialistische Durchdringung der BRD, darf vor Gericht nicht geführt werden, gehört für dieses Gericht nicht zur Sache. Die konkrete detailgenaue Benennung von Funktionen und Arbeitsweise der beiden RAF-Anschläge in Frankfurt und Heidelberg darf nicht erfolgen, da sie vom Gericht vorab als ‚agitatorisch, ideologische Hetze' oder so ähnlich vom Tisch gewischt wurde.

Vier ehemalige Agenten von US-Geheimdiensten, Winslow Peck, Barton Osborn, Gary Thomas und Philip Agee wurden daran gehindert, vor Gericht zu bekunden, daß das Territorium der BRD und amerikanische Einrichtungen in der BRD seit dem 2. Weltkrieg als überdimensionale Schaltstelle, Nachschub- und Operationsbasis für geheime und militärische US–Intervention in aller Welt benutzt wurde, und daß speziell zur Zeit des Vietnamkrieges das IG-Farbenhaus und das Heidelberger Hauptquartier entscheidende Nervenzentren der US-Aggression war.

Die drei überlebenden Angeklagten nahmen an der Verhandlung nicht teil. Der Verhandlunstag begann mit der ausführlichen Vorlesung von Ulrike Meinhofs letzten Schriften durch das Gericht – aus dem ID Nr. 127, der als Sendung für die Gefangenen beschlagnahmt worden war – was die öffentliche Lektüre begründen sollte.

RA Oberwinder, Verteidiger von Andreas Baader, trug die Begründung für die Ladung des Zeugen Winslow Peck vor und nannte die Beweisthemen. Bundesanwalt Wunder beantragte, den Zeugen nicht zu hören, da die Befragung „unzulässig sei". In Stellungnahmen dazu führte RA Heldmann aus, daß es für die Beweiserhebung von größter Bedeutung sei, herauszufinden, ob aufgrund begangener Verstöße der USA gegen das allgemeine Völkerrecht unter Einbeziehung der BRD, für die Angeklagten das Völkerrechtliche garantierte Widerstandsrecht und Nothilferecht in Anspruch zu nehmen sei. RA Schily fragte Bundesanwalt Wunder, ob im Falle, daß zur Nazi-Zeit ein Anschlag auf das Reichssicherheitshauptamt verübt worden sei, er es in einem möglichen Prozeß ebenfalls für bedeutungslos erachtet hätte, daß dabei die Funktion dieser nationalsozialistischen Vernichtungszentrale thematisiert würden.
(Wir bemühen uns, Schilys längere Ausführungen dazu später zu veröffentlichen.)

Die vom Vorsitzenden Richter Prinzing verkündete ablehnende Entscheidung des Geichts bestand in erster Linie aus Zitaten der Angeklagten, die belegen sollten, daß sie die justitielle Auseinandersetzung nicht akzeptierten. Daraus folgerte das Gericht, sie könnten somit weder die Grundlagen und Bestimmungen des Völkerrechts noch sonst einer Rechtsordnung für sich in Anspruch nehmen. Die Verteidigung erwiderte, damit seien die Angeklagten vom Gericht für ‚vogelfrei' erklärt worden.

Auf die wesentlichen, inhaltlichen und juristischen Begrün-

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations–Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

dungen für den Antrag auf Anhörung des Zeugen ging der Gerichtsbeschluß nicht ein. Mit dieser Entscheidung im Rücken wurden dann auch die anderen geladenen Zeugen nacheinander abgelehnt.

DER CIA IN WESTDEUTSCHLAND

DIE UNTERBLIEBENEN AUSSAGEN DER EHEMALIGEN US–AGENTEN

STUTTGART/FRANKFURT (ID) 23.Juni Wir veröffentlichen nachstehend die Statements der vier von der Verteidigung im RAF-Prozeß geladenen Zeugen, die als Grundlage ihrer Aussagen dienen sollten.

Im ID 110 und 111 wurden 25 Namen und Adressen von in der BRD operierenden CIA-Agenten veröffentlicht, zusammen mit anderen Materialien über CIA-Tätigkeiten. Die jetzt folgenden Berichte geben erstmals einen genaueren Überblick über Aktivitäten des CIA in der BRD über seine Stützpunkte und Methoden. Bei den hierbei skizzierten Methoden ka
Bei den hierbei skizzierten Dimensionen kann man es durchaus erklärbar finden, daß das Stuttgarter Oberlandesgericht diese Tatsachen aus dem Prozeß fernhält.

WINSLOW PECK

wurde 1947 in Joplin, Missouri geboren. Von Anfang 66 bis Ende69 arbeitete er als Nach richten-Analysator für die streng geheime „National Security Agency" NSA in der Luftwaffe. Einsatzorte waren Istanbul, gelegentlich Frankfurt und ein Jahr Vietnam. Während dieser Zeit wurde er zum Gegner der US-Aggression und beteiligte sich an der Anti-Kriegs-Bewegung. Wegen seiner Geheimdiensttätigkeit bei der NSA und der möglichen Gefahr von seiten der Rechtsextremen, wurde ihm geraten, seinen Namen zu ändern. Als Winslow Peck gibt er jetzt das Magazin „counterspy" heraus, das die amerikanischen und andere westlichen Geheimdienste kritisiert.

„Die National Security Agency (NSA)" (Nationale Sicherheitsbehörde" ist diejenige Abteilung der US-Regierung, die den gesamten Funk- und Telefonverkehr der Wirtschafts- und Regierungsapparate auf der ganzen Welt überwacht. Die NSA ist dafür wohlbekannt, daß sie geheime Informationen ausländischer Regierungen entschlüsselt, aber sie beschäftigt sich auch damit, Telefon und Fernschreiber amerikanischer Bürger zu überwachen und bricht darüberhinaus auch andere US-Gesetze. Diese Aktivitäten sind schon vor einigen Jahren von mir und anderen ehemaligen NSA-Beschäftigten aufgedeckt worden und vor kurzem eidesstattlich im Schlußbericht des Senatsausschusses bestätigt worden., der sich mit den Geheimdiensten befaßte. Der Vorsitzende des Komitees, Senator Frank Church, wurde oft in großen US-Zeitungen zitiert. Er sagte, er glaube, die NSA könne nahezu alle menschlichen Kontakte überwachen und so eine „elektronische Tyrannei" errichten.

In meiner Eigenschaft als Nachrichten-Analysator im NSA-Stützpunkt Istanbul hatte ich täglich Kontakt mit dem Hauptquartier der NSA in Europa, dem IG-Farben-Haus in Frankfurt. Meine Kenntnisse über NSA-Machenschaften in Europa und Deutschland wurden erweitert durch etliche Reisen nach Frankfurt in geheimer Mission.

Das Hauptquartier der NSA in Europa, das IG-Farben-Haus, das in NSA-Kreisen unter dem Decknamen USF-798 firmiert, verfügt über einen immensen elektronischen Spionageapparat, mit dessen hilfe nicht nur Informationen über den Ostblock sondern auch über westeuropäische Regierungen gesammelt werden.

Viele der an USF-798 angeschlossenen NSA-Stationen in England, Italien, Griechenland, Marokko und vor allem in Deutschland überwachen sogar die Nachrichtenwege jener Regierungen, die mit den USA verbündet sind. Das heißt, daß unter anderem die Kommunikation in den Bereichen der Diplomatie, des Militärs, des Handels (Industriespionage), der öffentlichen Anstalten und der Schiffahrt abgehört wird. Diese Aufgabe wird mit solcher FErtigkeit und Präzision erfüllt, daß es praktisch für keine europäische Regierung im Osten wie im Westen möglich ist, einen Schritt zu tun, den die amerikanische Regierung nicht erfährt.

Überall wo amerikanische Truppen in Deutschland stationiert sind, gibt es Stützpunkte von USF-798. Dazu kommt noch, daß USF-798 der NSA von deutschen BND-Spezialeinheiten und dem britischen GCHQ unterstützt wird, die beide ebenfalls auf elektronische Spionage spezialisiert sind. Während meines Aufenthaltes in Indochina habe ich erlebt, daß deutsche Elektronik-Spionage-Agenten in Vietnam waren und dort der NSA geholfen haben.

USF-798 ist nicht nur das wichtigeste Geheimdienstzentrum der USA und der Nato in Europa, sondern wurde gelegentlich auch eingesetzt, um für andere Teile der Welt zu arbeiten. So sind beispielsweise viele Berechnungen und Auswertungen von Einsätzen des US-Militärs im Indochinakrieg im IG-Farben-Haus gemacht worden. Es wurden unter anderem Informationen ausgewertet, die von sogenannten „airborne-platforms" (Aufklärungsflugzeugen), die während des Krieges über China, Vietnam, Laos und Kambodscha fliegen konnten, geliefert wurden. Diese fliegenden Spionagestationen wurden unentbehrlich für die aggressive Kriegsführung der USA in Indochinaund hatten Modellcharakter für diese Art der Aufklärungsarbeit. USF 798 leitete vom IG-Farben-Haus aus auch fliegende Spionagestationen, die als Provokation gegen die Sowjetunion eingesetzt werden Letzteres hat in Amerika zu einer Debatte darüber geführt, ob solch provokative Flüge eines Tages eine Konfrontation zwischen Ost und West auslösen könnten.

PARISER FRIEDENSVERHANDLUNGEN

USF-798 und weitere Geheimdienststellen im IG-Farben-Haus waren während der Pariser Friedensgespräche das Auswertungs- und Vermittlungszentrum zwischen den amerikanischen Unterhändlern in Paris und den kommandierenden Militärs und Geheimdienstlern in Vietnam. Jeden Tag wurden Berichte über die Situation in Indochina von Saigon nach Frankfurt und dann nach Paris übermittelt. Befehle von Henry Kissinger und anderen Unterhändlern machten den Weg über Frankfurt nach Saigon. Während der letzten Kriegsjahre, als in Paris die Friedensverhandlungen liefen, wurden fast alle militärischen Entscheidungen über die weitere Kriegsführung von den Unterhändlern in Paris gefällt. Das heißt, ohne die Rolle des USF-798 im IG-Farben-Haus wäre die Führung des Krieges unmöglich gewesen. Damit wurde das IG-Farben-Haus während des Indochnina-Krieges ein Zentrum wichtiger Entscheidungen.

Ich war an der Herstellung der Tagesberichte von Paris nach Vietnam beteiligt und kenne die Rolle des IG-Farben-Hauses im Indochina-Krieg aus eigener Erfahrung.

Das IG-Farben-Haus ist auch das Hauptgeheimdienstzentrum für US- und Nato-Aktivitäten in Afrika. In den speziellen Abteilungen dort werden auch die politischen und militärischen Aktivitäten in Afrika sowie im sowjetischen Block, in Westeuropa und im Nahen Osten analysiert und ausgewertet. In diesem Rahmen unterhält die USF-798 ein geheimes Kommunikationssystem mit dem elektronischen Spionageapparat der Republik Südafrika, obwohl die Nato und die USA offiziell dorthin keine militärischen Beziehungen haben.

Das IG-Farben-Haus sammelt in der Abteilung für Wirtschaftsüberwachung Informationen über den Handel und Statistiken über europäische Firmen. Mindestens ein US-Kongreß-Untersuchungsausschuß untersucht die Anschuldigung, daß die NSA diese Informationen an US-Firmen weitergibt, um ihnen so einen

Vorteil gegenüber den europäischen Handeslunternehmen einzuräumen.

Aufgrund dieser Fähigkeit, sowohl Wirtschaftsunternehmen als auch Regierungen zu überwachen, ist es für die Regierungen in Europa unmöglich, unabhängige oder einseitige Entscheidungen ohne Wissen der USA und deren möglicer Intervention zu treffen. In Deutschland werden alle Schritte der Bonner Regierung überwacht und über das IG-Farben-Haus nach Washington D.C. übermittelt.

Neben dem IG-Farben-Haus gibt es noch NSA-Stationen in der BRD in Berlin, Darmstadt, Hof, Heidelberg, Wiesbaden und in nahezu allen amerikanischen Militärstützpunkten. Diese geheimen Überwachungseinrichtungen stehen über verschiedene geheime Nachrichtensysteme mit dem IG-Farben-Haus in Verbindung, z.B. durch den CRITICOM-Sender, der die IG-Farben (USF-798)Analysatoren mit US-Militärs und der Botschaft in Saigon verband und über den jetzt die Verbindung zum Apartheid-Regime in Südafrika läuft.

Alles in allem hat das IG-Farben-Haus eine Schlüsselposition in der US-Spionage gegen den Ostblock sowie Verbündete der USA, gegen Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten Welt und gegen Wirtschaftsunternehmen, die in Konkurrenz zu US-Firmen stehen. Es ist ein entscheidendes strategisches Element des US-Imperiums.

GEWERKSCHAFTS-INFILTRATION

Bei meinen Forschungen und meiner journalistischen Tätigkeit über den US-Geheimdienst, für mein Magazin und andere, bin ich auf andere US-Spionage-Aktionen gestoßen, die darauf angelegt waren, die Regierung und die Gesellschaft der Bundesrepublik zu kontrollieren. Ich kenne mich sehr gut aus in denAktivitäten des CIA innerhalb der Gewerkschaft nach dem zweiten Weltkrieg. In Deutschland hat General Lucius Clay, der Führer der Militärregierung nach dem Krieg, dem CIA mitgeholfen, antikommunistische Gewerkschaften aufzubauen, um den Marshall-Plan zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas unter militärischer und wirtschaftlicher Vormachtstellung der USA zu unterstützen. Clay wurde hauptsächlich von Irving Brown unterstützt, dem Kopf des „Freien Gewerkschaftskomitees des amerikanischen Arbeiterverbandes (FTUC)" Brown arbeitete mit Unterstützung von George Meany vom amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL und anderen extrem antikommunistischen Gewerkschaftsführern in Amerika. Er beteiligte sich aktiv am Aufbau antikommunistischen Gewerkschaften in Deutschland und anderswo. In Deutschland wurden ehemalige Gewerkschafer, die zu den Nazis Verbindung hatten, für die Gewerkschaftsoperationen des CIA benutzt. Aber vornehmlich arbeitet der CIA, vertreten durch Irving Brown, mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zusammen. Der Aufbau dieser neuen Gewerkschaften und die Sabotage gegen linksgerichtete Gewerkschaften führte oft zu Gewalttaten. Viele der Nachkriegs-Entführungen und -Morde, in denen die CIA in Deutschland verwickelt war, können mit den CIA-Gewerkschafts-Aktivitäten in Zusammenhang gebracht werden.

Diese Operationen wurden vom CIA inszeniert, die Art und Weise wie der Großteil der Gewerkschaft in Deutschland heute agiert bilden zusammen mit den Aktivitäten der NSA vom IG-Farben-Haus aus einige sehr wichtige Elemente, durch die die USA meiner Meinung nach imstande sind, die beschränkte Souveränität der Bundesrepublik zu garantieren.

ZUR R A F

Ich bin mir der neuen Entwicklung der Geheimdienstpraktiken der US-Regierung und des von den USA kontrollierten deutschen Geheimdiensapparates sehr bewußt. Dies ist der Versuch, „Kommunismus" als Hauptbedrohung des amerikanischen Imperialismus durch „Terrorismus" zu ersetzen. Die Verfolgung der Roten Armee Fraktion ist ein gutes Beispiel für diesen Versuch: einen neuen Teufel zu finden und den kalten Krieg im Innern fortzusetzen und am US-Empire weiterzubauen.

Aufgrund meiner Forschungen auf dem Gebiet des Terrors und Gegenterrors bin ich der Ansicht, daß die Rote Armee Fraktion eine Antwort auf die kriminelle Aggression der US-Regierung in Indochina und die Beihilfe der deutschen Regierung war. In dieser Hinsicht glaube ich nicht, daß man auch nur eine der sogenannten „Terrorismus"-Aktionen der Roten Armee Fraktion in menschlicher oder logischer Hinsicht vergleichen kann mit dem Terrorismus, der von der USA, in massivem Ausmaß in Vietnam verübt wurde. Die Bombenanschläge auf das IG-Farben-Haus aufgrund dessen Rolle in diesem kriminellen Krieg können unmöglich verglichen werden mit dem Bombardement auf Laos oder dem Versuch, die Flußdeiche in Nordvietnam zu zerstören. Die wahren Terroristen, das war meine Regierung und nicht die Rote Armee Fraktion.

Doch hier in Deutschland ist die Regierung hinter der Anklage her, und angeklagt sind deutsche Bürger, die tapfer genug waren, gegen diesen schrecklichen und kriminellen Krieg zu opponieren, während die wirklichen Terroristen in der US-Regierung es sich erlauben können, ihre Aktivitäten in Angola und sonstwo fortzusetzen. Dies ist eine Travestie der Justiz und reicht aus, um jede Person mit menschlichem Gefühl anzuwidern. Diese Gerichtsverhandlung hier gegen deutsche Bürger, die möglicherweise falsch aber sicher mutig gehandelt haben, ist bedeutend nicht nur für Deutschland, sondern auch für die USA. Um die eigenen terroristischen Aktivitäten zu rechtfertigen, hat das US-Imperium ein lebensnotwendiges Bedürfnis nach einem neuen „Teufel", zumal jetzt die Entspannungsbemühungen den amerikanischen Bürgern die Gefahr des „Kommunismus" genommen hat. Die Aktionen der Roten Armee Fraktion müssen nun für diesen Zweck herhalten. Viele Studien über internationalenTerrorismus, die vom CIA oder anderen Stellen der US-Regierung in Zusammenarbeit mit dem CIA zusammengestellt wurden und die ich studiert habe, stellen ständig die Rote Armee Fraktion als das „Übel des Terrorismus" heraus, obwohl es doch Tatsache ist, daß die Aktionen der Roten Armee Fraktion nur wenige Menschen betroffen haben. Demgegenüber sind als Folge der terroristischen Aktivitäten der US-Regierung Millionen von Menschen entwurzelt worden. Führer ausländischer Staaten sind ermordet worden, und in Indochina sind über 75.000 Menschen umgebracht worden, im internen Drogenhandel wurde mitgemischt, über 25 Regierungen sind gestürtzt worden, darunter 1973 die chilenische Regierung, die in freien Wahlen an die Macht gekommen war; die amerikanische Regierung war verwickelt in geheimen terroristischen Kriegen von Laos bis Angola. Sie ist verantwortlich für andere Völkermorde in der Dritten Welt, für Sabotageakte gegen Demokratisierungs- und Souveränitätsbestrebungen in der ganzen Welt eingeschlossen der Bundesrepublik; sie hat selbst die amerikansichen Gesetze empörend verletzt, es wurden massenhaft amerikanische Bürger illegal überwacht, amerikanische politische Führer ermordet – vor allem Schwarze, Latein- oder Asiatisch-Amerikaner – und fast jegliche abweichende Meinung wurde unterdrückt.

Die Verfolgung der Roten Armee Fraktion ist nicht nur ein beschämender Versuch der Bonner Regierung, Opposition in Deutschland zu unterdrücken, sondern durch diesen Akt wird zugleich versucht, den massiven Terrorismus der US-Regierung in den letzten 30 Jahren zu rechtfertigen – unter Mithilfe und Beifall durch die BRD, gegen die Mehrzahl der Völker der Erde – und sich für zukünftige imperialistische Terroraktionen die Ausgangsbasis zu bewahren. Als Amerikaner freut es mich, zu wissen, daß es einige Deutsche gab, die , ebenso wie viele Amerikaner in der Anti-Kriegsbewegung, zu mutigen und gefährlichen Aktionen bereit waren, um den wirklichen Terrorismus in der heuteigen Welt zu stoppen. Ich glaube, das deutsche Volk sollte die Rote Armee Fraktion weniger verteufeln als vielmehr die Voraussetzungen und Motive zu verstehen lernen, die die Rote Armee Fraktion zu den Aktionen gegen das IG-Farben-Haus und andere Zentren der US-Aggression auf deutschem Boden bewegt hat."

K. BARTON OSBORN,

31jähriger Journalist und Dozent über US-Geheimdienste, arbeitete als „case offiver" (Agentenführer) drei Jahre lang im „US



Philip Agee, Gary Thomas, Winslow Peck und Barton Osborne vor dem IG-Farben-Building

Army Intelligence and Security Corps", davon eineinhalb Jahre in Vietnam, wo er an dem CIA-Mordprogramm „Phoenix" teilnahm. Weitere 15 Monate war er bei dem CIA „Agent Motivation Operation" in Washington als Berater tätig, die im Hinblick auf den Vietnamkrieg durchgeführt wurde.

Nachdem er 1970 den Geheimdienst erlassen hatte, bemühte sich Osborn um öffentliche Diskussion über die fragwürdigen verdeckten Operationen des CIA und anderer Geheimdienste. 1971 sagte er bei einem Hearing des Kongresses über das Phoenix-Programm aus. 1973 gründete er mit anderen das Intelligence Documentation Center in Washington, das der Presse und der Öffentlichkeit Hintergrundmaterial über US-Geheimdienste zur Verfügung stellt. Die Arbeit des IDC hat in den Senatsbericht Eingang gefunden.

„Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind die US-Geheimdienste aufs heftigste in geheime Tätigkeit nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt verstrickt. Neben der geheimen Ausübung der Spionage, die von allen Mächten ausgiebig betrieben wird, haben die US-Geheimdienste ihre hauptsächliche Anstrengung auf die Unterwanderung real er oder eingebildeter Gegner von Deutschland bis Vietnam gerichtet.

Zu einigen der empörendsten Praktiken dieser Geheimdienste zählen die Anstrengungen des CID (US Army's Counterintelligence Corps). Zu Beginn des Kalten Krieges in den 40er und 50er Jahren hat der CIC die Erlaubnis zur Durchführung der De-Nazifikation dazu benützt, gegen die Drohung eines kommunistischen Westeuropa zu arbeiten. Im Verlauf dieser Entwicklung nahm die schleichende Politik der wahllosen Verfolgung verdächtigter Linker zu und wurde das Fundament für eine Mordpraxis an tausenden von Opfern während späterer Aktivitäten der amerikanischen CIA.

Im Jahre 1954 bemächtigte sich der CIA schmutziger Geheimdeinsttricks in Westdeutschland, und unterstützte solch reaktionäre Gruppen wie Stephan Banderas Organisation Ukrainischer Nationalisten in München, schulte sie und bezahlte sie dafür, daß sie Mord und Terror im Namen des Anti-Kommunismus und ihres eigenen politischen Größenwahns durchführten.

Die Methoden, ethnische Minderheiten wie die Ukrainer oder vor Ort befindliche Agentennetze wie die Organisation Gehlen zu rekrutieren, trugen das Zeichen der Taktik des Dritten Reiches und korrumpierte das Unternehmen von Anfang an. Das verhängniscolle Ergebnis, das herauskam, war die schreckliche, nicht immer sichtbar werdende Praxis der Vermehrung des Leidens und der Preisgabe von Menschenleben, die ihren Höhepunkt im Vietnam-Krieg fand.

Da die meisten geheimdienstlichen US-STützpunkte in der Bundesrepublik während des Kalten Krieges eingerichtet worden waren, benützten die amerikanischen Agenten die zur Verfügung stehenden deutschen Einrichtungen auch während der Vietnam-Ära. In großem Umfang wurden erfahrene Geheimdienstler von der Bundesrepublik nach Vietnam geschleust und die hier vormals entwickelten geheimdeinstlichen Techniken wurden nach Vietnam exportiert. Inzwischen war das hiesige Netz von US-

Einrichtungen zur Unterstützung des Kriegs in Vietnam herangezogen wurden, darunter die Computer-Anlage der logistischen Kommandostelle der US-Armee in Heidelberg, mittels derer der Bombennachschub für die gewaltigen Flächenbombardierungen von Zivilgebieten Südvietnams und Deichen des Roten Flusses in Nordvietnam berechnet wurden. DEr riesige Geheimdienst-Komplex im IG-Farben-Haus in Frankfurt (der heutige Creighton-Abrams-Büro-Komplex) wurde noch bis 1975, bis die Vietnamesen Südvietnam zurückerobert hatten, als Hauptquartier für Abschirmung und Sicherung geheimer Operationen wie des „Phoenix"-Vernichtungsprogramms benutzt. Die Logik der Verwendung der bereits von den Vereinigten Staaten geschaffenen westdeutschen Unterstützung bestand darin, daß die große Entfernung vom Kriegsschauplatz die Gefahr von Kompromissen gegenüber dem Feind in Asien ausschloß. Der Betrieb dieser Einrichtungen war jedoch als Unterstützung eines höchst illegalen Krieges nicht weniger verurteilenswert als der Krieg selbst.

Ein unmittelbares Ergebnis des US-Vorgehens nach dem Phoenix-Mordprogramm in Vietnamkrieg war der Tod von über 20.000 Unschuldigen. Das vom späteren Direktor des CIA, William E. Colby betriebene Programm wurde 1971 durch den schockierten US-Kongreß untersucht. Damals galt Colbys vorsichtige Schätzung von 20.000 toten Zivilisten als nachgewiesen, einschließlich seinem Zugeständnis, daß die Toten weder durch ein legales Verfahren abgeurteilt noch für schuldig befunden worden waren. Dieser Mißbrauch von Macht und Geheimhaltung geriet während der jüngsten Untersuchungen über ungesetzliche Unternehmen der US-Geheimdienste durch den amerikanischen Kongreß an die Öffentlichkeit und rief einen empörten Aufschrei der öffentlichen Meinung über diese totalitären Techniken hervor.

Die Enttäuschung darüber, daß solch inhumane Praktiken ans Licht kommen, ist sicher anhaltend, besonders in einer Atmosphäre von Patriotismus um seiner selbst willen. Immerhin sind die Tatsachen dieser Verstrickung der USA jetzt in den Vereinigten Staaten selbst gelüftet worden, auch wenn sie bereits anderswo in der Welt seit längerem bekannt waren. Der Widerstand gegenüber solchen Praktiken wie besonders in Vietnam hat sich in vielfältiger Weise geregt, wovon der Aktivität der im gegenwärtigen Verfahren in Stuttgart Angeklagten nicht wenig Bedeutung zukommt.

Zur Milderung der Erkenntnisse des Gerichts kann die Geschichte der US-Bestrebungen, die von den Angeklagten bekämpt wurden, nicht übersehen werden."

GARY P. THOMAS

ist 27 Jahre alt, arbeitet als freier Journalist speziell über militärische Geheimdienste. War früher Reporter für UPI in Washington DC und Detroit. Er ist Dozent an der Universität von Michigan in Ann Arbor, wo er über „die Geheimdienste der Vereinigten Staaten" liest.

TÄTIGKEIT IM MILITÄRISCHEN GEHEIMDIENSTBEREICH

September 1968 bis Mai 1969: IM RAhmen des Militärdienstes Ausbildung als „military intelligence coordinator" im Militärgeheimdienst. Darunter fallen verschiedene Techniken von Spionage und Gegenspionage: Umgang mit Agenten, Überwachung, Erkundung, Spionageabwehr, Antisubversion, Operationen usw..

Mai 1969 bis September 1970: Verpflichtung beim „430th Military Intelligence Detachment, 66th Milityry Intelligence Group" in Deutschland. Erster Einsatz beim „Operational Control Team 3" in Westberlin, später Wechsel zur „Agent Targeting Section" im Münchner Hauptquartier.

September 1970 bis September 1971: Verpflichtung zum „Detachment E. 574th MI Detachment, 525th Military Intelligence Group." Stationiert in Ca Tho, Südvietnam, dem Saigoner Hauptquartier unterstellt.

„Während der letzten acht Jahre habe ich die Aktivitäten der US-Geheimdienste, darunter besonders die der militärischen Dienste — aber auch des CIA — sowohl als deren Mitarbeiter als auch als Journalist verfolgt. Neben meinen Erfahrungen habe ich umfangreiche Untersuchungen auf diesem Gebeit angestellt und bin davon überzeugt, daß ich mir einige fundierte Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Geheimdiensten erlauben kann.

Die Schlüsselfigur in der Geschichte dieser Beziehungen ist natürlich niemand anderes als Reinhard Gehlen. Während des Zweiten Weltkreiges war Gehlen Chef der Generalstabs-Abteilung Fremde Heere Ost. Diese Abteilung war für Spionage und Untergrundtätigkeit verantwortlich, die sich gegen die Sowjetunion richtete. Während der letzten Tage des Dritten Reiches entdeckte Gehlen Gemeinsames mit gewissen Elementen der amerikanischen Armee: den brennenden Haß gegen den Kommunismus. Gehlen erkannte, wofür es den Haß ausnutzen konnte, um ins Geheimdienstgeschäft zurückzukommen. Er schlug seinen amerikanischen Gebietern ein Geschäft vor: wenn sie ihn zurück an die Arbeit, diesmal für die Amerikaner ließen, würde der dem CIC (Counter Intelligence Corps, Abteilung für Gegenspionage der US-Armee) seine ganzen detaillierten Unterlagen über die Sowjetunion überlassen. Die US-Regierung stimmte auf Anraten des CIC zu.

Der unbewegliche Antikommunismsu der USA führte zum Vietnamkrieg und ermöglichte Vietnamähnliche Opertationen in Westdeutschland. Durch die amerikanische Besetzung konnte die BRD zum idealen Manöverfeld für die „Kunst" der Subversion entwickelt werden.

Von 1945 bis 1950 war das CIC (US ArmY's Counter Intelligence Corps) in diesen Angelegenheiten führend. Es war der CIC, der zuerst das Geschäft mit Gehlen vorschlug. Es war der CIC, der an „schmutzigen Tricks" wie an der „Operation Ohio" Anteil hatte. Und es war der CIC, der die Vervollkommnung vieler jener Techniken verfolgte, die in Vietnam so wirkungsvoll zur GEltung kamen und in diesem kleinen Land Indochinas den Tod Zehntausender von Menschen kostete.

MILITÄRGEHEIMDIENSTE

Diese Strukturen bestehen in der Bundesrepublik bis zum heutigen Tag. Die führende Amerikanische Militär-Einheit, die sich immer noch mit solchen Unternehmungen befaßt, ist die „66th Military Intelligence Group". Dank der aktiven Unterstützung durch Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz und Militärischen Abschirmdienst hat die Gruppe die Möglichkeit, und macht davon auch Gebrauch, Telefone anzuzapfen. Überwachungen vorzunehmen, Briefe zu öffnen und geheime Einbrüche zu machen. Dies betrieben sowohl die aus offiziellen Militärangehörigen zusammengesetzte 766. Militärgeheimdienst-Abteilung als auch die geheim operierende 430. MI-Abteilung. Beide unterhalten Büros in jeder größeren bundesdeutschen Stadt, darunter Frankfurt, Westberlin, Bonn und München (wo eine enge Zusammenarbeit mit dem BND in Pullach erfolgt). Befehle erteilt das Heidelberger Büro des Stellvertretenden Stabschefs der Geheimdienste von USAEUR (US Army Europa Hauptquartier). Sowohl die 430. MI-Abteilung als auch die 766. MI-Abteilung verfügen über Büros im Frankfurter IG-Farben-Haus. Als ich 1969 im geheimen Auftrag nach Berlin geschickt worden war, bekam ich meine gefälschten Dokumente in einem Büro des IG-Farben-Hauses.

Als wir in den USA zu Geheimdienst-Offizieren ausgebildet wurden, hat man uns stets im Zusammenhang der deutschen Geheimdienst-Operationen ausgebildet. Westdeutschland beherbergt vermutlich die größte Anzahl amerikanischen Geheimdienst-Personals überhaupt. Seine zentrale Lage macht Westdeutschland zur idealen logistischen Basis für den Militärgeheimdienst MI und den CIA. Von hier werden Agenten nach Osteuropa, der Sowjetunion, dem Mittleren Osten, Afrika usw. geschickt. Geheimdienstschulen sind im ganzen Bundesgebiet zu finden, ich selbst weiß von einer im Camp King in Oberursel. Streitkräfte mit Sonderausbildung — so die „Greenberets" — sind unter anderem in Bad Tölz stationiert, von wo sie häufig nach Vietnam geschcikt wurden; für Spezialaufgaben im Auftrag der Army oder des CIA. Auch ich wurde aus der Bundesrepublik nach Vietnam abkommandiert.

Meine Aufgabe als Journalist und Reporter bedeutet, Tatsachen zu veröffentlichen. Ich veröffentliche keine Theorien, ich spekuliere nicht. Meine Aufgabe ist es, die Wahrheit zu veröffentlichen, die durch Tatsachen untermauert sind. Während meiner ganzen journalistischen und akademischen Karriere habe ich nie etwas veröffentlicht oder verfaßt, was nicht durch Tatsachen untermauert war, und ich habe nicht vor, heute davon abzuweichen. Das würde meinem Beruf als Journalisten wenig Ehre zufügen und wäre ein schlechter dienst für die Angeklagten und dieses Gericht."

PHILIP AGEE

„Ich heiße Phil Agee. Ich habe ungefähr 12 Jahre für die Central Intelligence Agency als „clandestine operations officer" (Offizier für geheime Einsätze) gearbeitet. Obwohl ich nicht in Deutschland für den CIA gearbeitet habe — meistens war ich in Latein-Amerika — kann ich in begrenztem Umfang über CIA-Intervention in der BRD nach dem 2. Weltkrieg sprechen.
Ebenso kann ich über das zugrundeliegende Muster von geheimen amerikanischen Interventionen Auskunft geben, das die US-Aussenpolitik seit 1948 begleitet. Ich meine, dieses Grundmuster, zusammen mit den verschiedenen militärischen Interventionen wie Vietnam, muß verstanden werden, um einschätzen zu können, daß die Aktionen, die hier zur Anklage stehen, eine Antwort waren auf eine aggressive, amerikanische Intervention in der BRD und Westberlin; und im Besonderen eine Antwort auf die Nutzung der BRD als Nachschubbasis für Interventionen in anderen Ländern.

Das Territorium der BRD wurde seit dem 2.Weltkrieg — und wird heute noch benutzt — sowohl für offene militärische als auch für verdeckte Interventionen des CIA. Ich werde mich hauptsächlich auf die verdeckten Operationen beziehen, da die Nutzung der BRD als Nachschubbasis für den Vietnamkrieg hinlänglich bekannt ist.

In den späten 40er und frühen 50er Jahren benutzte der CIA deutsches Territorium um Provokationen, Sabotage und Gueriallaoperationen gegen osteuropäische Länder zu starten. Diese geheimen Aktivitäten werden in dem Bericht des US-Senatskomitees bestätigt, der im April dieses Jahres veröffentlicht wurde.

Dort heißt es „Agenten, meist Flüchtlinge, wurden in den Osten geschickt, um über die sowjetischen Streitkräfte zu berichten. Die Vereinigten Staaten gingen so weit, daß sie Kontakt mit ukrainischen Guerillas herstellten. Diese Beziehungen wurden aufrechterhalten, bis die Guerillas durch die sowjetischen Sicherheitskräfte endgültig zerschlagen wurden."
Ein anderer Abschnitt enthüllt, daß die OPC (Office for Policy Coordination — Vorläufer und spätere Unterabteilung des CIA) verantwortlich war für „guerilla-ähnliche Operationen gegen Länder des sowjetischen Blocks. Dabei wurden benachbarte Länder als Ausgangsbasis benutzt und eine Reihe von ‚schwarzen' Aktivitäten durchgeführt" (d.h. es sollte nicht bekannt werden, daß Amerika dafür verantwortlich war). Andere provokative CIA-Operationen aus dieser frühen Periode waren die Einrichtung von Radio Liberty und Radio Free Europe und der Versand von Ballons mit Propaganda nach Osteuropa.

DER KALTE KRIEG AUS DER BRD

Diese aggressiven verdeckten Operationen gegen Osteuropa und die Sowjetunion in einer Zeit, in der nach außen hin die friedlichen Beziehungen betont wurden, haben entscheidend zu der Entwicklung des Kalten Krieges in den 50er und 60er Jahren beigetragen. Tatsächlich waren die tragischen Rebellionen der 50er Jahre in der DDR, in Polen, in Ungarn zum Teil auch ein Ergebnis von CIA-Propaganda-Operationen, die von der BRD aus gesteuert wurden. Diese Aktivitäten gründen sich auf Direktiven vom Nationalen Sicherheitsrat an den CIA. Im Senatsbericht wird eine solche Anweisung zitiert: „Probleme für den internationalen Kommunismus sind herzustellen und auszubeuten; diskreditiert den Internationalen Kommunismus und schwächt seine Parteien und Organisationen; verkleinert den Einflußbereich des Internationalen Kommunismus in jedem Teil der Welt."

Obwohl die etwas aggressiveren Operationen eingestellt wurden — nachdem in den 60er Jahren eingesehen wurde, daß die Politik des „roll back" ein Fehlschlag gewesen war, bin ich mir sicher, daß die CIA nochmals das Volk der Bundesrepublik gefährden würde, falls die Entspannungspolitik fehlschlägt und neue Konflikte aufkommen. Solange der CIA in der BRD eins der größten, wenn nicht sogar das größte, Netzwerk verschiedener Bastionen in der ganzen Welt (außerhalb der USA) aufrechterhält, existiert die Gefahr, daß diese Stützpunkte jederzeit für Aktivitäten benutzt werden können, die dem Volk der BRD schaden könnten und sehr wahrscheinlich in keinem direkten Zusammenhang zur Sicherheit der BRD selbst stehen.

Während des Trainings, das ich und andere CIA-Agenten in Camp Peary, Virginia, dem Haupttraining-Camp des CIA ausüben mußten, lernten wir, wie man einen Todesstreifen überquert. Diese Todesstreifen ähnelten sehr denjenigen, die die Grenze zwischen der BRD und der DDR oder der Tschechoslowakei bilden. Innerhalb des CIA war auch bekannt, daß die größte logistische Basis von der die Unterstützung für CIA-Tätigkeiten in ganz Europa, Afrika und dem Nahen Osten geleitet werden, in Frankfurt ist.
Von hier aus wurden vom CIA Spezialisten eingesetzt (und ich nehme an, daß das noch heute so ist), die sich mit Telefonabhören, anderen Abhörmethoden, geheimen Brieföffnungsmethoden, Photographie und anderen technischen Dingen beschäftigen. Dazu kommt, daß der CIA von Frankfurt aus ganze Mannschaften von Lügendedektor-Operatoren, deren Funktion es ist, in den eben genannten Regionen die neu-geworbenen CIA-Agenten zu kontrollieren. Außer dem Camp King in Frankfurt benutzt der CIA weitere Institutionen, die seine Einrichtungen und sein Personal decken, wie z.B. der amerikanischen Botschaft in Bonn und andere Konsulate in der BRD.

INFILTRATION UND MANIPULATION

Neben den aggressiven Operationen die der CIA von dem Hoheitsgebiet der BRD und Westberlin aus gegen östliche Länder unternimmt, hat der CIA dieses Land als einen Stützpunkt für Machenschaften in der BRD selbst benutzt.
Diese Taten, bekannt unter dem Namen ‚covert action' (verdeckte Aktion), bestehen darin, Machtin stitutionen eines bestimmten Landes zu unterwandern und zu manipulieren, so daß man die Dinge beeinflussen kann.

Institutionen, die dafür ausgesucht werden, sind politische Parteien und Regierungsstellen, das Militär und Geheimdienste, Gewerkschaften, Jugend- und Studentenorganisationen, Berufs- und Kulturgesellschaften und die öffentlichen Medien. Als ich noch beim CIA war, wurde mir gesagt, daß alle diese Tätigkeiten zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem 2.Weltkrieg in der BRD ausgeübt wurden.

Natürlich kann ich nicht mit Gewißheit sagen, daß der CIA weiterhin wichtige Tätigkeiten ausübt, durch die die CDU, die SPD, der BND, der Verfassungsschutz oder der DGB unterwandert werden. Aber diese Institutionen waren in der Vergangenheit Zielscheibe von CIA-Aktivitäten, damit das Nachkriegsdeutschland den amerikanischen finanziellen und strategischen Interessen in Europa und der ganzen Welt angepaßt werden konnte. Aber nochmals, es kann keinen Schutz vor einer weiteren oder erneuten CIA-Unterwanderung oder einer Korruption der deutschen Institutionen geben, solange der CIA diese enorme Anwesenheit in diesem Land aufrecht erhält.

Der CIA hat seit seinem Bestehen geheime Interventionen in verschiedenen Ländern der ganzen Welt provoziert. Das Senatskomitee erwähnt in seinem Bericht tausende verdeckte Aktionen. Nach Angaben dieses Berichts gibt der CIA heute 37 % seines Budgets für solche Tätigkeiten aus, die doch sehr getrennt von der CIA-Informationsbeschaffung sind.
So werden zur Zeit zig Millionen Dollar ausgegeben, um Organisationen, die sich öffentlich als freie, freiwillige und nicht regierungsgebundene Vereinigungen ausgeben, zu korrumpieren und zu kontrollieren. Solche Aktivitäten haben den CIA

in die Lage versetzt, in vielen Ländern faschistische Regierungen einzusetzen, die vor berüchtigten Foltermethoden, politischen Morden und allgemeiner Repression nicht zurückschrekken. Wir haben alle darüber gelesen. Eine nur unvollständige Liste dieser Länder umfasst den Iran, Guatemala, Indonesien, Süd-Korea, Griechenland von 1967 bis 1974, Brasilien, Paraguay, Bolivien, Uruguay und Chile. Zweifellos mischt der CIA zur Zeit in Argentinien mit und unterstützt die Gewalt, die in diesem Land gegen das argentinische Volk und die dort lebenden politischen Flüchtlinge angewandt wird.

DIE FREIE WELT DER KONZERNE

Es gab eine Zeit, in der die meisten von uns an eine ideale Freie Welt geglaubt haben, in der wir gedacht haben, wir bräuchten den amerikanischen Schutz mittels Militär und Geheimdienste, um uns vor einem bevorstehenden Angriff aus dem Osten zu verteidigen. Später fingen einige von uns an, zu verstehen, daß das Wort ,Frei' in der Freien Welt nur die Freiheit der multinationalen Konzerne meint, die eben frei sind, die Arbeitskraft und die Bodenschätze der ärmeren Länder für die Interessen von einigen Wenigen Privilegierten und Mächtigen zu benutzen.

Es sind diese Intereesen, denen der CIA in der ganzen Welt manchmal geheim, manchmal durch offene militärische Intervention seit dem 2.Weltkrieg gedient hat. Die Tätigkeiten der multi-nationalen Konzerne können nicht getrennt von den Tätigkeiten der ihnen dienenden Geheimdienste (wie dem CIA) gesehen werden und diese beiden können nicht von den Gebieten, in denen sie arbeiten, getrennt werden. Davon ist die BRD ein wichtiger Bestandteil.

Auch die Angeklagten können nicht von denen getrennt werden, die zur Zeit wegen ähnlicher Aktionen von Gegengewalt und Protesten gegen Ungerechtigkeit und Aggression in anderen Ländern vor Gericht sitzen. Vielleicht ist das möglich, den Schaden, der an Leben und Sachen durch die Anschläge wegen denen die Angeklagten hier sind, in Verhältnis zu dem Schaden einer einzigen B-52-Bombe zu setzen, die über einer vietnamesischen Stadt abgeworfen wurde.

ERKLÄRUNG ZUM VORGEHEN VON SA, POPO UND LKA (Staatsanwaltschaft, Politischer Polizei und Landeskriminalamt) GEGEN DEN FRANKFURTER GEFANGENENRAT

FRANKFURT (ID) 23. Juni

„Wir warnen vor der Art und Weise, in der das Landeskriminalamt (LKA), die Staatsanwaltschaft (SA) und die Politische Polizei (POPO) gegen Mitglieder des Frankfurter Gefangenenrates vorgeht.

Allein auf die Aussage einer einzigen Person hin wurden drei Mitglieder des Gefangenenrates in Haft genommen. Ihre U-Haft in Preungesheim dauert jetzt schon drei Wochen. Die Staatsanwaltschaft hantiert völlig unkontrolliert und unangefochten von der Öffentlichkeit.

Wie die Justiz zu den Aussagen Günter Gerlachs gekommen ist, bleibt völlig unberücksichtigt von nahezu sämtlichen Pressemitteilungen. Günter Gerlach, ein durch jahrelange Haft zerstörter Mensch, ist die geeignete Person für die Justiz, um den Hebel anzusetzen. Jeder ehemalige Häftling weiß, daß Vergünstigungen im Knast oder vorzeitige Haftentlassung nur durch Kriecherei oder durch Verleumdung und Denunziation von Mitgefangenen erreicht wird. Dieses Erpressungssystem funktionierte auch bei Günter Gerlach; er war seit Dezember 75 zusammen mit drei anderen Mitgliedern des Gefangenenrates in Haft und erkaufte sich im April dieses Jahres durch Absprachen mit Staatsanwalt Winkel und zwei Männern vom LKA Wiesbaden sofortige Freilassung und Zusicherung von Arbeitsplatz- und Wohnraumbeschaffung. Der Preis dafür waren Aussagen, die möglichst vie le Mitglieder des Gefangenenrates belasten sollten. Zusätzlich wurde Gerlach damit beauftragt, nach seiner Entlassung die restlichen Mitglieder des Gefangenenrates zu bespitzeln. (Siehe seine eigene Erklärung in der FR vom 29.5.76 und Brief an die Anwälte.)

Kurze Zeit später wurde der Tod des Butzbacher Anstaltsleiters Künkeler zum Vorwand für vier Festnahmen genommen. Gegen zwei von ihnen, Ursula Halbekann und Wolfgang Wraase, wurde Haftbefehl erlassen wegen „Beihilfe zum Mord" an Künkeler. Ein dritter, Franz Jörger, meldete sich freiwillig in Begleitung seines Anwalts im Polizeipräsidium, nachdem er erfahren hatte, daß auch gegen ihn ein Haftbefehl vorlag. Der Haftgrund lautet auch auf Beihilfe zum Mord. Besonders deutlich wird Gerlach s Schlüsselrolle dadurch, daß nur Leute, die er von früher kannte, oder zu denen er nach seiner Freilassung erfolgreich Kontakt gesucht hatte, festgenommen wurden, und daß sich der Haftbefehl einzig und allein auf seine Aussagen stützt.

Grund für diese Manöver von Staatsanwaltschaft und LKA sind die seit zwei Jahren andauernden Anstrengungen der politischen Polizei, die Arbeit des Gefangenenrates Frankfurt zunichte zu machen. Es begann mit verschärften Haftbedingungen für Gefangene, die Kontakte zum Gefangenenrat hatten, Unterbindung des Briefverkehrs, Beschlagnahmung der Gefangenenzeitung, des „Nachrichtendienstes"; im September letzten Jahres folgte die vorübergehende Festnahme von sechs Mitgliedern des Gefangenenrates, im Dezember 75 Haftbefehl gegen vier Mitglieder, von denen heute noch drei in U-Haft sind. Die Justiz griff zu solchen Mitteln, weil sie über die Bemühungen des Gefangenenrates, Öffentlichkeit über die Zustände in den Haftanstalten herzustellen, zunehmend beunruhigt war. Der Gefangenenrat machte es den Häftlingen möglich, ihre Berichte und Beschwerden „draußen" öffentlich zu machen. Innerhalb der Anstalten endete jeder Versuch, Öffentlichkeit herzustellen, mit Haftverschärfung, Strafverlegung, Zusammengeschlagenwerden, Isolation von Häftlingen. Wer Zeuge für Mißhandlungen war — oft genug mit Todesfolge — war schlimmsten Bestrafungen ausgesetzt oder wurde für verrückt erklärt, wie es dem Häftling Otto Worm erging, der im Prozeß um den Mannheimer Gefängnisskandal aussagte. Er wurde in die Psychiatrische Haftanstalt Hohenasperg verlegt, wo ihm schlimmeres erwartet als in „normalen" Haftanstalten.

Um wirksamer gegen den Gefangenenrat und seine Mitglieder vorgehen zu können, brauchte die Justiz Personen, die sich dazu bereitfanden, mit dem LKA zusammenzuarbeiten. Gemeinsam abgesprochene und konstruierte Aussagen sollten dazu herhalten, weitere Mitglieder des Gefangenenrates in Haft zu setzen. Der letzte Anlaß, der für solche konstruierte Aussagen benutzt werden konnte, war die Erschießung des Anstaltsleiters Künkeler von dem Häftling Günter Hanisch.

Wir sehen unserer Aufgabe als Vertretung der Gefangenen nicht darin, uns von der Tat unseres Mithäftlings zu distanzieren; jeder, der in Butzbach inhaftiert war, weiß, welchen Repressalien, Quälereien, Schikanen die Internierten ausgesetzt waren. Günter Hanisch hat die Gewalt nicht erfunden, sondern vorgefunden im Knast. Nach unseren letzten Informationen wurde Hanisch nach Kassel in die Krankenstation verlegt. Häftlinge haben beobachtet, wie er auf einer Trage mit zugedecktem Kopf transportiert wurde.

Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln werden wir allerdings dagegen vorgehen, daß die hohen Figuren in Justiz und LKA durch vorgefertigte Ausagen einen Zusammenhang zwischen dem Tod Künkelers und mehreren Mitgliedern des Gefangenenrates konstruieren, zu dem einzigen Sinn und Zweck, den Gefangenenrat mundtot und unschädlich zu machen."

Kontaktadresse: Gefangenenrat Frankfurt, Glauburgstr. 75a, 6000 Frankfurt am Main 1

WIE DER GEFANGENENRAT KRIMINALISIERT WIRD

FRANKFURT (ID) 23. Juni Dies ist ein Bericht darüber, wie versucht worden ist, den Frankfurter Gefangenenrat zu kriminalisieren. Er stammt von einigen Frankfurter Genossen, Darin ist auch die Erklärung Günther Gerlachs enthalten, der berichtet, wie man von ihm Falschaussagen um jeden Preis wollte, sowie ein Konstrukt, der auf Behauptungen der Sicherheitsbehörden zurückgeht und von Springers BamS-Blatt wie üblich nach entsprechender Reißerart hingeschmiert worden ist. Vorab die Genossen:

„Am 4. Juni ergehen Haftbefehle gegen die ehemaligen Mitglieder des Gefangenenrates Ursula Halbekann, Wolfgang Wraase und Franz Jörger. Auch gegen Herbert Sender ergeht Haftbefehl, der schon einmal, im September 1975, gegen Mitglieder des Gefangenenrates bei der Polizei ausgesagt hatte. Damals, am 23. September 1975, waren schon einmal dieselben Genossen festgenommen worden, aber, nachdem sich die Beschuldigungen Senders als haltlos herausstellten, wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Am 9. Dezember 1975 werden vier andere Mitglieder des Gefangenenrates verhaftet (P.Keblys, R.Stobbe, G.Gerlach), unter ihnen Günter Gerlach. Im April wird Gerlach entlassen, nachdem er folgende Geschichte erzählt hat:

Er und andere Mitglieder des Gefangegenrates hätten die Ermordung des Gefängnisdirektors und des Gefängnisarztes der Justizvollzugsanstalt Butzbach geplant und er habe Schießpulver zu Günther Hanisch geschmuggelt, das von den anderen beschafft worden sei. Am besten lassen wir Werlach selbst erklären, wie diese Beschludigungen zustande gekommen sind:

„Am 9. Dezember 1975 wurde ich mit drei weiteren Mitgliedern des Gefangenreates Frankfurt verhaftet. Obwohl gegen uns kein sonderliches Beweismaterial vorlag, erging Haftbefehl wegen Verdachts des Vergehens nach § 129 und Waffenbesitz.

Bei meiner ersten mündlichen Haftprüfung habe ich den Besitz einer Waffe nicht verneint, aber darauf hingewiesen, keine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben und auch keine kriminellen Aktivitäten bei den Mitgliedern des Gefangenenrates bemerkt zu haben. Meine Angaben bei dieser Haftprüfung entsprachen der Wahrheit und ich halte auch diese Angaben für die einzig gültigen. Alle anderen Äußerungen, wie bei der Unterredung am 19. März 1976 mit Untersuchungsrichter Jakubski, Staatsanwalt Winkel, drei mir namentlich nicht bekannten Männern des Landeskriminalamtes (LKA) sowie Anstaltsleiter Klüsener, meine Angaben bei der mündlichen Haftprüfung am 26. April 1976 halte ich für erpreßt und somit ungültig. Ich wurde unter seelischen und körperlichen Druck gestellt und fast fünf Monate von der Politischen Polizei bearbeitet und für die besagten Aussagen vorbereitet. Man wollte von mir Falschaussagen um jeden Preis, weil man die Vorwürfe gegen den Gefangenenrat nicht erhärten konnte.

Ihnen war bekannt, daß meine kurze Mitarbeit im Gefangenenrat nicht ausreichen kann, um die Mitglieder des Gefangenenrats wirklich zu belasten und hat also bewußt Falschaussagen verlangt. Ich sollte eine Art Dirk Hoff — Ruhland spielen, also Kronzeuge der strafrei ausgeht, um den Gefangenenrat zu sprengen und aus dieser Organisation eine Kriminelle Vereinigung zu machen.

Nach meiner Entlassung aus der U-Haft mußte ich mich viermal mit Männern des LKA-Wiesbaden treffen. Bei diesen Treffen war einmal Staatsanwalt Winkel dabei und wir sind in Bad Nauheim essen gegangen. Von Staatsanwalt Winkel wurde mir die Zusicherung gemacht, eventuell straffrei auszugehen, (was meine Beschuldigung, das Waffenbesitzen u.a. betrifft) falls ich für das LKA als V-Mann arbeite.

U-Richter Jakubski .sollte unterrrichtet werden, daß ich Kontakt zu ehemaligen Mitarbeitern des Gefangenenrats Frankfurt aufnehme und auch Kontakte zu anderen Gruppen, Organisationen aufnehme und bei einer „versehentlichen" Verhaftung sollte ich Gruppenleiter Werz vom LKA-Wiesbaden anrufen lassen, er würde dann dafür sorgen, daß ich schnell wieder auf freien Fuß komme.

Bei den letzten beiden Treffen war, soweit ich das mitbekommen habe, ein Mann vom Verfassungsschutz dabei.

Man hat mir angeboten, mir eine Wohnung und Arbeit in Frankfurt zu beschaffen und einmal bekam ich 100 Mark. Da ich der gewünschten Arbeit — als V-Mann zu arbeiten — nicht nachkommen werde, muß ich mit einer erneuten Festnahme rechnen . Auch bekenne ich mich nach wie vor zur Arbeit des Gefangenenrates Frankfurt und sehe in dieser Organisationkeine kriminelle Vereinigung.

Da ich aufgrund dieser Erklärung mit einer Festnahme rechne, entziehe ich mich dieser durch die Flucht. Bei der Verhandlung werde ich zugegen sein und die hier gemachte Erklärung im Detail schildern. Ich sehe mich weiter als Mitglied des Gefangenenrates Frankfurt an und werde den zur Zeit Verfolgten helfen und sie unterstützen.

Günter Gerlach, Frankfurt am Main, den 7. April 1976"

Einer der jetzt inhaftierten Genossen beschreibt die Person Gerlachs: „Er war einer von den vielen Gefangenen, um die wir uns gekümmert haben. Als er aus dem Knast rauskam, war es klar, daß er aufgenommen wurde, als er eine Wohnung suchte. Er hatte phantastische Pläne und redete davon, wen er alles in die Luft sprengen wollte. Er hatte einen großen Haß und machte den ganzen Tag Leute an, daß endlich mal etwas laufen müßte. Er hat die ganze Zeit gesoffen und sich durchgefressen. Das Problem war, daß ihn eigentlich keiner ernst nahm, aber keiner wollte dem kaputten Typen, der soviel im Knast durchgemacht hatte, vor den Kopf stoßen. Gerlach blieb — wie im Knast — isoliert."

Staatsanwalt Winkel und Gruppeneliter Werz vom LKA Wiesbaden waren wahrscheinlich die ersten, die sich wirklich um ihn „kümmerten".Ihnen kam ein Mann wie Gerlach gerade recht, um den Gefangenenrat endgültig zu zerschlagen. Zunächst war notwendig, daß Gerlach rauskam und wieder versuchte, Kontakte zu Gefangenenorganisationen herzustellen. So ging er nach seiner Freilassung im April nach Berlin und besuchte Mitglieder einer Gefangenenorganisation, die aber eine Zusammenarbeit ablehnte und wegen seines Merkwürdigen Verhaltens andere Gruppen vor ihm warnte.

Am 2. Juni wurde Künkeler tatsächlich erschossen. Von dem Plan, Künkeler zu ermorden, wußten bis dahin nur Gerlach, Staatsanwalt Winkel, das LKA Wiesbaden, der hessische Justizminister und Künkeler selbst.

Justiz und Staatsschutz waren in der Klemme. Weder konnten sie die wahren Ursachen der Aktion Hanischs, die mörderischen Haftbedingungen in der JVA Butzbach, offenlegen, noch konnten sie eine unmittelbare Mitverantwortung eingestehen.

„An dem für Anarchisten bedeutsamen 2. Juni" (Abendpost/ Nachtausgabe am 10.6.76) sei Künkeler mutmaßlich im Auftrag einer anarchistischen Terrorgruppe niedergeschossen worden.

Nun war alles klar. Die Leute, die Gerlach in der kurzen Zeit außerhalb des Knasts kennengelernt hatte, bei denen er entweder gewohnt hatte, oder die ihm finanziell geholfen hatten, wurden zur anarchistischen Terrorgruppe ernannt. Alle, die Gerlach einmal kennengelernt haben, sehen eine bedrückende Parallele zu der Person Rolf Mauer und der durch ihn ausgelösten Aktion Wasserschlag.

Wo aber keine kriminelle Vereinigung existiert, muß sie vom Staatsschutz geschaffen werden. Wie dies geschieht, wollen wir an demBeispiel der Verhaftung des Genossen Franz zeigen. Seit längerer Zeit ist er bei der Bundeswehr. Die Behörden wissen dies genau, und auch wo er jederzeit erreichbar ist. Er hat bei der Bundeswehr einen „Dienstwohnsitz". Dennoch wird am Donnerstag, dem 4. Juni 1976 die Wohnung seiner Mutter von mit Maschinenpistolen bewaffneten Bullen durchsucht. Auch dabei weist die Mutter auf seinen Aufenthaltsort hin. Trotzdem wird ein weiteres Haus von einer schwerbewaffneten Armada von oben bis unten durchgekämmt. Angeblich sucht man Franz, der 24 Stunden später nichtsahnend zu seinem Pfingsturlaub heimkommt. Zuhaus erfährt er, daß er gesucht wird. Daraufhin stellt er sich der Polizei, um zu erfahren, was ihm überhaupt vorgeworfen wird. Der Haftrichter händigt ihm einen Haftbefehl aus, in dem als Haftgrund angegeben wird, er sei Mitglied einer Terrorgruppe. Und er sei

unbekannten Aufenthalts. Der Haftbefehl datiert auf dem 4. Juni 1976.

In der Zwischenzeit geschieht alles, die Theorie von der kriminellen Vereinigung zu festigen. So fragt Bild am Sonntag am 13. Juni „Geht der Terror weiter? Frankfurt, 13. Juni, Neue Anschläge und Terrorakte in Gefängnissen befürchten die Sicherheitsbehörden nach der Verhaftung von vier Mitgliedern des „Frankfurter Gefangenenrates" im Zusammenhang mit der Ermordung des Butzbacher Gefängnisdirektors Hermann Künkeler (52). Nach Ansicht des ermittelnden Oberstaatsanwalts Klaus Wilke „ist selbst unser Kronzeuge im Knast nicht sicher". Von den vier Anarchisten hat bisher lediglich der Sozialarbeiter Wilhelm Sender Aussagen gemacht. Die Telefonistin Ursula Halbekann (23), der Schlosser Wolfgang Wraase (32) und der Bundeswehrsoldat Franz Jörger (21) schweigen."

Alles verläuft nun, wie wir es schon bei der Verhaftung Gerard Streckers kennengelernt haben. ED-Photos mit der Bezeichnung „Anarchisten" von Wolfgang, Ulla und Franz werden veröffentlicht, obwohl die drei die Beschuldigungen im Detail widerlegt haben, heißt es, daß sie „schweigen".

Alle Gefangenen außer Gerlach sitzen täglich 23 Stunden in ihrer Zelle. Gerlach, der der Kosmetik halber auch verhaftet wurde, genießt von anfang an sämtliche Be günstigungen. Gefangenen in der JVA Preungesheim erzählt er beim Umschluß, er habe geschwiegen wie ein Grab – „von mir erfahren die nix" – und beim Gemeinschaftsfernsehen bietet er sich den Gefangenen schon wieder als Revolutionär an, der für ihre Rechte kämpft – und dies, nachdem ein ganzer Aktenordner mit seinen Märchen existiert.

Staatsanwalt Winkel empfiehlt der verzweifelten Mutter von Franz im Vertrauen, ihrem Sohn zu raten, Gerhard Knöss als Verteidiger rauszuschmeißen und einen „ordentlichen Verteidiger" zu nehmen. Auf ihre Frage, wen man in einem solchen Staat, in dem solche Ungerechtigkeiten wie die Verhaftung ihres Sohnes möglich sind, noch wählen könne, kommt die Rede auf Franz Josef Strauß. Winkel: „Bei dem wäre manches anders." Winkel ist auch für Besuchsanträge zuständig. Besuche werden seiner Auffassung nach nur noch durchgeführt, wenn die Herren vom Landeskriminalamt Zeit und Lust haben. Eine Beamtin, namens Lipsky überwacht den Besuch der Schwester von Franz, die aus Italien gekommen ist. Der Besuch dauert eine Viertelstunde. Die Beamtin führt das Besuchsgespräch. Wenn Jörger bei der Polizei keine Angaben mache, sei er selbst schuld, wenn er hier sitze. Vergeblich versucht Franz die Beamtin darauf hinzuweisen, daß dies keine Diskussion mit Beamten, sondern ein Besuch sei. Daraufhin Lipsky „Die 15 Minuten sind sowieso um". Der Besuch wird abgebrochen.

Es läuft auf staatlicher Ebene exakt so ab, wie bei der Verhaftung Gerard Streckers: psychologische Kriegsführung, Pressemanipulation, und konstruierte Beschuldigung. Nur mit dem Unterschied, daß die Genossen nicht so reagieren, wie nach der Verhaftung Gerards. Aufgabe dieses kurzen Berichts kann es nicht sein, die Gründe zu untersuchen, warum die Frankfurter Linke zunächst überwiegend so tut, als ginge sie „die Sache mit dem Gefangenenrat" nichts an, was nicht heißt, daß wir eine Diskussion darüber nicht für notwendig halten.

Dieser Bericht kann auch nicht den Informationsmangel beheben. Hierzu wird gegenwärtig eine Dokumentation erstellt, die aber noch ihre Zeit braucht. Wichtig ist aber, daß die inhaftierten Genossen aus dem Gefangenenrat mehr Solidarität von außen erfahren, als bisher. In der Kampagne zur Befreiung Gerards gab es Untersuchungsausschuß, Presseauswertung, Pressekonferenzen, Besuchsanträge, Briefe und Veranstaltungen. Vielleicht fällt uns auch jetzt wieder etwas ein.

Einige Genossen.

ERKLÄRUNG „DIE JUSTIZ MACHT KEINE FEHLER, SIE IST DER FEHLER"

NACH 6.000 TAGEN BUTZBACH ...

FRNKFURT (ID) 23. Juni

Der zu lebenslanger Haft verurteilte Gefangene Hanisch geht am 2. Juni bewaffnet in einen Büroraum des Butzbacher Gefängnisses und verlangt von einer Bürokraft, mit dem Hessischen Rundfunk verbunden zu werden: „Ich bekomme jetzt entweder meine Gerechtigkeit oder aber den Tod." Als kurz darauf der Anstaltsleiter mit gezückter Tränengaswaffe sich Einlaß in den Raum zu verschaffen sucht, schießt Hanisch aus seiner selbstgebastelten Waffe, der Anstaltsleiter stirbt. Justizministerium und Rundfunk sind sich eins: Die Geschichte des Gefangenen Wolfgang Hanisch wird zur Geschichte einer Anarchistengruppe, schuldig befunden wird der Frankfurter Gefangenenrat, ein weiterer Versuch, diese Organisation zu zerschlagen. Der folgende Bericht (wie auch die Überschrift) ist ein Auszug aus einem Flugblatt:

„Mittwoch, der zweite Juni in der Justizvollzugsanstalt Butzbach. Günther Hanisch betritt mit einem Aktenordner den Büroraum für Gefangene.

Hanisch ist Gefangener. Seit sechzehn Jahren. Er ist „Lebenslänglicher". Sechzehn Jahre eingesperrt, erniedrigt, isoliert – ein vielfaches von dem, was nötig ist, einem Menschen das Hassen beizubringen, ihn zu brechen, ihn zu zerstören. Ein Mensch, der lange abgeschrieben war, wehrt sich plötzlich.

Günther Hanisch zieht eine selbstgebastelte Schußwaffe.

Er hat plötzlich Einfluß auf das Knastgeschehen, dem er sechzehn Jahre lang nur ausgeliefert war – Tag für Tag, vom morgendlichen Wecken bis zum abendlichen Ausschalten der Zellenbeleuchtung bis zum morgendlichen Weeken alles nach Vorschrift. Vielleicht hat ihn der Gedanke an diesen Tag, an diesen Augenblick jahrelang überleben lassen. Aber Hanisch ist nicht blindwütig. Er behält die volle Kontrolle über seine ungewohnte, plötzlich gewonnene Macht.

Er nimmt sich eine weibliche Büroangestellte als Geisel, der er mehrfach versich ert, daß er ihr nichts tun würde. Denn sie sei der einzige Mensch, mit dem man reden könne. Günther Hanisch der „harmlose Spinner" (FR v. 11.6.76, S. 17) hatte eine Puppe dabei. „Mein Kind", erklärt er der Frau.

Seine Phantasie, eine erdachte Gegenwelt, hatte er sich aus seiner Zelle mitgebracht. Es war wohl diese offene Phantasiewelt, die ihn für den Anstaltsleiter Künkeler zum nicht ernstzunehmenden „harmlosen Spinner" gemacht hatte. Knast und Phantasie, also Menschsein, Menschbleiben, scheinen nicht zusammenzupassen. Es ist dies der Gegensatz von vernichtet-werden und überleben-wollen.

Vielleicht erkannte Künkeler die Hilflosigkeit dieser Form von Widerstand der Gedanken gegen Mauern. Deshalb nannte er ihn einen „Spinner". Vielleicht glaubte Künkeler, sein Gefangener sei mit seiner ersponnenen Gegenwelt allein zufrieden und nicht anfällig dafür, sich eines Tages nach sechzehn Jahren aufzubäumen, Bambule machen zu wollen. Deshalb hielt er ihn für „harmlos".

Aber jeder Gefangene ist anfällig für Bambule. Die „Mairevolte" in der t o d sicheren Knastfestung Preungesheim hat es ja erst vor kurzem deutlich gezeigt.

Hanisch weist seine Geisel an, den Anstaltsleiter anzurufen, um ihm seine Forderungen mitzuteilen: Er will Verbindung zum Hessischen Rundfunk haben. Er sei seit sechzehn Jahren unschuldig eingesperrt. Er wolle „die Gerechtigkeit".

Nach sechzehn Jahren, fast 6.000 Tagen, kann Gerechtigkeit nicht mehr nur die Frage von korrekter Ermittlungsarbeit, rechtmäßiger Ab- und Verurteilung sein. Es gibt für diese 6.000 Tage keine Rechtfertigung.

Günther Hanisch redet nicht vom Töten. Er redet vom getötet werden. Er sagt zu der Büroschreibkraft: „Ich bekomme jetzt ent-

weder meine Gerechtigkeit oder aber den Tod."

Vom Tode Künkelers ist nicht die Rede. Um den geht es hier überhaupt nicht. Hanisch will nur mit dem Hessischen Rundfunk sprechen. Er will nur, daß seine Hilferufe durch die Knastmauern dringen. Das Künkeler ihm überhaupt unter die Augen oder vor den Lauf der Pistole tritt, damit ist überhaupt nicht zu rechnen. Künkeler rechnet anders. Er hört und handelt:

Künkeler bewaffnet sich mit „Chemical Garant", einer Tränengaswaffe, und schickt sich an, den Büroraum zu erstürmen.

Vielleicht denkt Künkeler auch einfach nur, er sei schneller. – „Er stieß die Saloon-Schwingtür auf und stieß, die gezogene Waffe bereits in der Hand, einen mit Gläsern und Whiskyflaschen vollgestellten Saloontisch um. Der Schuß fiel." –

Hanisch wartet noch auf das Verhandlungsangebot der anderen Seite. Es ging ihm um Leben und Tod. Um sein eigenes Leben und um seinen eigenen Tod. Die Antwort kam bald in lärmender Gestalt.

Künkeler riß eine Bürotür auf und stieß einen Büroschrank zur Seite, das „Chemical Garant" in seiner Hand. Der Schuß fiel.

Vielleicht hat Hanisch versehentlich vor Schreck geschossen. Vielleicht hat er gezielt aus Angst geschossen.

Soweit die Gedanken und Fakten, entwickelt aus einer Reportage des Hessischen Rundfunks am 2.6.76 in „Passiert – Notiert"

KÜNKELER STARB ALS HELD – „IN ERFÜLLUNG SEINER PFLICHT": Er hat den Strafvollzug vor der Öffentlichkeit bewahrt, die Hanisch herzustellen versuchte.

Am 10.6.76 war jener Vorfall erneut Thema in der Rundfunksendung „Passiert – Notiert": Die vorsichtige Frage des Journalisten an den Justizminister Günther, ob Künkelernicht zumindest unüberlegt oder leichtsinnig gehandelt hätte, wird fast unterbrochen, daß man es wage, die ‚Ehre des Verstorbenen' zu beschmutzen.

Zwischen diesen zwei Rundfunksendungen ist vieles passiert (und notiert worden): Aus der Geschichte des Gefangenen Günther Hanisch im Butzbacher Gefängnis wird die Geschichte einer Anarchistengruppe. Aus dem verzweifelten Versuch eines Gefangenen, auf sich und seine Lage aufmerksam zu machen, wird der von langer Hand und von außerhalb geplante Mord.

Die Schuldigen von „draußen" sind schnell gefunden: Es ist dies nur der letzte von vielen Versuchen, den Frankfurter Gefangenenrat zu kriminalisieren und zu zerschlagen.

Im August 1974 wurde das Büro des Gefangenenrates von der Polizei überfallen und ein Mitarbeiter festgenommen. Der Gefangenenrat hatte kurz vorher durch Veröffentlichungen von Briefen aus dem Mannheimer Knast den sogenannten „Mannheimer Gefängnisskandal" ausgelöst.

Die bewährte Methode, diejenigen zu kriminalisieren, die verwaltungsmäßig betriebene Mißstände aufdecken, mißglückte hier. Selbst die Presse nahm den Behörden die gegen den Gefangenenrat plötzlich hervorgezauberten Verdachtsmomente nicht ab. (siehe FR vom 24.8.74).

Ähnliches wiederholte sich im Juli 1975. Nachdem der Gefangenenrat darüber informiert hatte, daß die Ernährung im Bruchsaler Knast unzureichend und unhygienisch sei, was eine Salmonellenepidemie unter den Gefangenen zur Folge hatte, wurde er vom Stuttgarter Justizministerium schlicht zur „kriminellen Vereinigung" erklärt.

Einen Tag darauf bekam das Justizministerium, nachdem sich die Richtigkeit der Vorwürfe gegen den Bruchsaler Knast herausstellte, jedoch Angst vor seinen eigenen Courage: Es bot der „kriminellen Vereinigung' plötzlich versöhnlich „sachliche Zusammenarbeit" (FR v. 31.7.75) an.

Frankfurter Rundschau vom 30. Juli 1976:
„EINE KRIMINELLE VEREINIGUNG'
Stuttgart: Schwere Vorwürfe gegen Frankfurter Gefangenenrat

Frankfurter Rundschau vom 31. Juli 1975:
‚GEFANGENENRAT NICHT KRIMINELL'

Inzwischen sieht es jedoch so aus, als habe man zum entscheidenden Schlag gegen den Gefangenenrat ausgeholt: Ein großer Teil seiner Mitglieder sitzt nun in Untersuchungshaft. Die letzten vier Verhaftungen erfolgten auf den Tod Künkelers hin.

Mit der Geschichte von dem „von draußen organisierten Mord' und den vier Verhaftungen soll wohl zweierlei bewirkt werden:

1. Es soll verhindert werden, daß dieser Vorfall Anlaß wird, etwas über den Knast zu erfahren, da das Handeln des Günther Hanisch vieles von dem erklärt, was Knast bedeutet. Daher der Versuch der Justizbürokratie, die ganze Geschichte aus dem Knast herauszuverlagern.

2. Gleichzeitig eröffnet die Justiz eine präventive „Knastkampagne" gegen die Gefangenen. Justizminister Günther jammert darüber, daß die Gefangenenihm seine schöne Strafvollzugsreform kaputt machen würden. Die „Sicherheit der Anstalt" wird wieder einmal zur Parole. Es war wohl dem Justizministerium klar, daß diese üble Propaganda vom Gefangenenrat nicht unbeantwortet bleiben würde.

Man hat Angst vor einem „Mannheimer Gefängnisskandal" in Butzbach. Und man hat Grund zu dieser Angst.

Mit der Zerschlagung des Gefangenenrates – so schien es zumindest bisher – hat man diese Gefahr vorerst gebannt.

Sorgen wir dafür, daß sie sich geirrt haben, daß ihnen nun erst recht die Ruhe vergeht. Fälle, wie die oben beschriebenen sind nur Beispiele von den skandalösen Vorfällen, die in Butzbach Knastalltag sind. Die Justizbehörden sollten durch Recherchen und Veröffentlichungen solcher Vorfälle in der Presse, auf Veranstaltungen etc. sowie deren strafrechtliche Konsequenzen einen heißen Sommer erleben, der nicht spurlos an ihnen vorübergeht.

Verantwortlich fühlen sich: Fritz Baur, Gustav Radbruch, Erich Mühsam, außerdem die Gefangenen: Alfred Brunkhardt, Butzbach, Hans Landle, Butzbach, Hans-Peter Vast, Mannheim, Ernst Christ, Mannheim, Werner David, Bochum, Johannes Graczyk, Frankfurt-Preungesheim und viele andere.

PRESSE VERTUSCHT DIE FOLGEN DER POLIZEI-AKTION IN 'GOTTESZELL'

SCHWÄBISCH GMÜND (ID) 22. Juni

Im Frauenknast"Gotteszell" in Schwäbisch Gmünd kam es am 20. Mai zu einem brutalen Knüppeleinsatz von drei Polizisten, in deren Verlauf die Gefangene Beate Koloseike krankenhausreif geschlagen wurde (siehe ID 129/130) ihre stationäre Behandlung dauerte bis zum 2.Juni. Anlass und Hintergrund des Bulleneinsatzes war bekanntlich der Versuch der Leitung der Knastanstalt, Beate Koloseike auf eine andere Abteilung zu verlegen und sie dadurch von den Frauen zu isolieren, mit denen sie die Diskussion über Möglichkeiten und Veränderungen der unmenschlichen Knastbedingungen aufgenommen hatte. Der Rechtsanwalt von Beate Koloseike , Armin Newerla aus Stuttgart, hat die Versuche, die "Angelegenheit" zu vertuschen, dokumentiert:

" 1. Die Anstaltsleitung versuchte sofort, den brutalen Einsatz zu vertuschen. Der Versuch ist gescheitert. Einmal haben es die Frauen durch ihre solidarische Ankündigung vom 21.5.1976, notfalls in den Hungerstreik zu treten erreicht, daß Beate Koloseike tatsächlich zum Röntgen und stationären Behandlung in das Krankenhaus am 22.5.1976 eingeliefert werden mußte. Zum andern, weil es die solidarische Aktion von Frauen aus Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe am 30.5.1976 vor dem Knast und in der Stadt erreicht hat, daß sich auch die lokale bürgerliche Presse mit dem Bulleneinsatz auseinandersetzen mußte. Es lohnt sich anzusehen, wie sie getreu ihren Part in dem Versuch gespielt hat, den Einsatz zu vertuschen.

Die Knastleitung gab der "Gmünder Tagespost" unter dem 1.6.1976 ein Interview unter der Überschrift: "In Gotteszell gibt es keine Isolationshaft". Es ist richtig, daß es in Gotteszell keinen toten Trakt á la Köln Ossendorf gibt. Es gibt hier aber wie in jedem anderen Knast die Möglichkeit, einzelne Gefangene zu isolieren Das war beispielsweise vor wenigen Jahren der Fall, als CarmenRoll zeitweilig in "Gotteszell" inhaftiert war.
Weiter sollte Beate Koloseike nach den Worten der Anstaltsleiterin Grete Göbel keinesfalls isoliert, sondern lediglich in eine andere Ab= teilung verlegt werden. Das ist zwar so richtig, hätte aber für Beate genau das gleiche wie die Isolation bedeutet, nämlich mit Frauen zu- sammen auf der Zelle liegen zu müssen, die bereits völlig abgestumpft oder von der Anstaltsleitung und Wachteln gegen die Frauen aufge- hetzt waren, die den Kampf gegen die unmenschlichen Haftbe= dingungen aufgenommen hatten.
"Auch hätten die Polizisten nicht brutal eingegriffen.Nach Aussagen von Gefangenen, so sagt uns Grete Göbel, sei das Verhalten der Poli= zisten korrekt gewesen." Dies ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Manipulation im Knast läuft, so daß die Knastleitung auch im Ge= spräch mit anderen von dieser Methode nicht wegkommt. Das erste ist eine schlichte Lüge. Dabei versteckt sich die Anstaltsleitung hinter Aussagen von Gefangenen. Es ist bekannt, daß sich in jedem Knast Gefangene finden lassen, die für ein paar Vergünstigungen so ziemlich alles machen. Noch deutlicher wird die Manipulation in der „Rems-Zeitung" vom 1.6.76". Die meisten der beteiligten Frauen, 13 an der Zahl, hätten versichert, korrekt behandelt worden zu sein, lediglich drei außer Beate Koloseike würden sich an die Flug- blattversion (gemeint ist das Flugblatt der Frauengruppe vom 26.5., verteilt am 30.5. in Schwäbisch Gmünd, Anm.d.Verf.) halten." Hat die Knastleitung die 13 Frauen etwa schon verhört, daß sie sich auf eine solche Behauptung stützen kann? Wenn ja, dann liegt zu- mindest der Verdacht auf Beeinflussung von Zeugen nahe. Ferner soll hier beim flüchtigen Lesen der Eindruck erweckt werden, daß auch Beate Koloseike korrekt behandelt worden sei – obwohl den Tatsachen entspricht, daß keine der 13 Frauen korrekt behandelt wurde, wenn das überhaupt ein richtiger Ausdruck für das schwei- nische Verhalten der Bullen ist. Tatsache ist weiter, daß zumindest alle 13 Frauen die Strafanzeige gegen die drei Bullen in der Weise unterstützt hatten, daß sie sich spontan bereit erklärt haben, als Zeugen in einem Verfahren aufzutreten. Die Gegenüberstellung von den „meisten der beteiligten Frauen" und den drei Frauen und Beate soll doch nur den Vorwurf der Meuterei ideologisch vor- bereiten, eine Möglichkeit, die sich die Staatsbehörden jedenfalls offenhalten.

Genauso wird die üble Rolle der Knastleitung vertuscht, als es um die ärztliche Betreuung ging. „Darüberhinaus habe man einen Arzt kommen lassen, der die nötigen medizinischen Untersuchun- gen vornahm und schließlich Beate K. zur Beobachtung in das Kreiskrankenhaus Mutlangen einwies." („Gmünder Tagespost" vom 1.6.76.") Kein Wort davon, daß der Arzt erst über 24 Stun- den nach dem Bulleneinsatz kam, und auch das nur auf den Druck der übrigen Mitgefangenen hin, und daß die Verlegung in das Krankenhaus erst am nächsten Tag gegen 14 Uhr – wiederum auf massiven Druck hin – erfolgte. „Regierungs-Medizinaldirektor Dr. Lothar Staudenmaier, als Vertragsarzt in den Diensten der Vollzugsanstalt, konnte bei einer der Gefangenen, die später zu ihm in die Sprechstunde kam, „nichts Wesentliches" feststellen, veranlaßte aber gleichwohl wunschgemäß eine Röntgenaufnahme". So wird hier manipuliert: einmal war es nicht Dr. Staudenmaier sondern ein anderer Arzt. Zum anderen wird beim Leser der Ein- druck erweckt, als habe der Arzt sofort die Röntgenaufnahme veranlaßt, und nicht diese am 21.5. verweigert und erst auf Druck der Mitgefangenen am 22.5. die Verlegung angeordnet.

Am dicksten aber ist das Ende dieses Artikels: „Ein Nachspiel hat die Angelegenheit auch für jene Demonstranten aus Mannheim, die die Flugblätter unter die Leute brachten, ehe die Polizei auf den Plan gerufen wurde. Auch sie müssen nach den Worten von Polizeichef Lang mit einer Anzeige rechnen." Weshalb Anzeige? Hier wird doch ganz klar nicht nur ideologisch die Kriminialisie- rung des Flugblattverteilens als solchen betrieben, sondern so verhielten sich die Bullen auch praktisch, als sie unter Androhung von Gewalt und mit klappernden Handschellen die letzten Flug- blätter beschlagnahmten und anschließend den Passanten auf der Hauptstraße die Flugblätter wieder abnahmen (!). (ID 128). Täglicher Faschismus in einer Kleinstadt.

3. Die Vertuschungsversuche machten auch nicht vor den Tü- ren des Städtischen Krankenhauses halt. Bereits am 24.5. hatte ein behandelnder Arzt im Dienst des Krankenhauses gegenüber einer zur Untersuchung anwesenden Mitgefangenen bemerkt, daß es sich bei Beate Koloseike um eine Gehirnerschütterung handele. Obwohl Beate Koloseike dann auch die zehn Tage mit „Commotional" be- handelt wurde, ein Mittel, das bei Verdacht einer Gehirnerschütte- rung gegeben wird, taucht im ganzen Arztbericht über die Aufnah- meuntersuchung der Begriff bzw. Verdacht auf Gehirnerschütterung nicht einmal auf! Als dann wenige Tage später der betreffende Arzt auf seine Äußerung hin angesprochen wurde, lehnte er aggres- siv jede Bemerkung ab und verwies auf seine Dienstpflichten ge- genüber dem Haus!"

Am 9. Juni sind zunächst acht Frauen in den Hungerstreik getre- ten um ihre Forderungen, die sie in einer gemeinsamen Streiker- klärung vom 7. Juni 76 (siehe ID 130) formulierten, Nachdruck zu verleihen. Die Anstaltsleitung hat bislang (22. Juni) den Hunger- streik ignoriert – drei Frauen stehen im unbefristeten Hunger- streik.

ZWANGSMASSNAHMEN, REPRESSIONEN UND UNTERDRÜCKUNG IN EINER ERSTBESTRAFTEN= ANSTALT

MÜNSTER (ID)
22.Juni

JVA-Münster , eine Erstbestraftenanstalt (Kurzstrafen bis 18 Monate) , hat besondere 'Mittel', um 'arbeitsunwillige' Gefangene, die sich gegen die ökonomische Ausbeutung auflehnen zu disziplinieren.

Die Arbeit:
a. Zellenarbeit (stupide, menschenunwürdige Arbeiten)
b. Arbeit in den Anstaltsbetrieben(vorwiegend Fließ= bandarbeit, auch Akkord)
c. Außenkommandos (vorwiegend Fließbandarbeit in anstaltsfremden Betrieben)
d. Außenlager (eigentlich Arbeitslager)

Die Arbeitsbelohnung ist vollkommen unzureichend.

Zwangsnahmen und Repression zur Erhaltung der Arbeitsdisziplin:

Ist nun ein Gefangener nicht gewillt, diese Arbeiten zu verrichten, weil sie eventuell nicht seinen Fähigkeiten, oder seinem erlern= ten Beruf entsprechen oder er keine Lust hat, sich in seiner so krassen Form ausbeuten zu lassen und nicht das Glück hat, daß die Anstaltsärztin ihn krankschreibt, so unterliegt er einem ganzen Katalog von Hausstrafen. Bisher wurde man entweder mit einer Einkauf- oder Freizeitsperre belegt(Freizeitsperre=23Std. tägl. auf der Zelle); jedoch erfährt man jetzt einige Verschärfungen. So erhält man für eine einmalige Arbeitsverweigerung(die Arbeit in der Schälküche-Kartoffeln schälen- entspricht nicht den Fähigkeiten des Gefangenen und er verweigert diese , möchte zumindest eine, die sei= nen Fähigkeiten, seinem Beruf nach kommt.):

1. 1 Monat Einkaufssperre
2. 1 Monat Freizeitsperre
3. 1 Monat Fernsehsperre
4. 1 Monat Lesesperre (tägl. nur eine Tageszeitung)
5. soll man für die Zeit der 'verschuldeten' Nichtbeschäftigung seine Haftkosten von DM 6.50 täglich selber tragen.

Dies wird natürlich auf die Dauer die 'Arbeitsunwilligen' nicht nachhaltig beeindrucken können und deshalb werden sich die Repres salien auch nochmals verschärfen. Diese Verschärfungen, die sich in der Streichung von Freizeitgruppen für Unbeschäftigte wiederspie= geln, sind eingetreten, seit die JVA-Münster einen neuen Anstalts= kommandanten bekommen hat, Chr. Dertinger, der auf Kosten der Inhaftierten Karriere machen will, man spricht von einem angestreb= ten Justizministerposten, da ist auch kein Mittel gering genug. Die

bürgerliche Presse und einige Bonzen heben ihn in den Himmel welcher sich über dem klerikalen Münster schwebt. Was sich hinter seinem humanen Anstrich wirklich versteckt, das wird natürlich nicht aufgedeckt.
Die Situation in der JVA-Münster ist so geartet, daß man keine Reaktion der Gefangenen auf breiter Ebene erwarten kann, denn man besitzt hier noch einige andere Druckmittel, die besonders auf die Erst- und Kurzstrafler wirken: z.B. die vorzeitige Entlassung - 2/3 - auf Bewährung, deren Gewährung nicht zuletzt auf einer positiven Stellungnahme der Anstalt beruht.
Es herrscht also eine Stimmung der Angst vor, die die Inhaftierten zum totalen Opportunismus drängt. die Wirkung einer solchen Unterdrückung bleibt natürlich nicht aus.
Es kommt zu gelegentlichen Ausbrüchenvon Einzelnen, die sich gegen diese Form der Unterdrückung auflehnen, ihre angestauten Aggressionen dann an der Zelleneinrichtung ablassen, o.ä. Oder aber die gegensätzliche Reaktion, der Suizidversuch. In der letzten Zeit häufen sich 'Selbst' mordversuche. Aber auch gegen diese 'Ausbrüche' kennt man hier ein gutes Mittel, das Rollkommando, ebenfalls ein wunderbares Mittel zur Einschüchterung, ausgerüstet mit: Schutzhelmen, Schußwaffen, Schlagstöcken, Tränengas und Handschellen.
Eine solche Stellungnahme der Inhaftierten würde in der hiesigen bürgerlichen Presse nicht veröffentlicht, sondern unterdrückt, deshalb wenden wir/ich uns an Euch, mit der Bitte, diese zu verbreiten.
(Dies ist der Bericht eines Häftlings der JVA- Münster)

ZWANGSVERTEIDIGER DÜRFEN WAFFEN WÄHREND DER VERHANDLUNG TRAGEN

HAMBURG (ID) 23. Juni — Im Hamburger Prozeß gegen die Gefangenen Christa Eckes, Wolfgang Beer, Helmut Pohl, Ekkehard Blenck, Margit Schiller, Ilse Stachowiak, Eberhard Becker und Kay Allnach duldet das Gericht, daß Zwangsverteidiger während der Verhandlung Feuerwaffen tragen. Es ist Sache der Verteidiger, wenn sie Waffen tragen — beschied das Gericht am 16. Juni. Die beiden Vertrauensverteidiger von Kay Allnach — alle anderen 14 Verteidiger sind Zwangsverteidiger — hatten beantragt, das Waffentragen während der Hauptverhandlung im und vor dem Verhandlungssaal zu untersagen. Den vom Gericht nach wenigen Minuten abgelehnten Antrag hatten die zwei Anwälre so begründet:

„Anonyme und in der Presse zitierte Telefonanrufe Anfang Juni 1976 im Zusammenhang mit der Pflichtverteidigung in diesem Verfahren haben einige Verteidiger zum Anlaß genommen, eine Waffenbesitzkarte bei der Behörde zu beantragen und sich aufgrund der erteilten Erlaubnis eine Handfeuerwaffe zu beschaffen. Das ist ihre Sache, wenn sie sich bedroht fühlen und glauben, sich durch eine Pistole gegen irgendeine empfundene Gefährdung ihrer Person wirksam schützen zu können. Alleinige Sache dieser Verteidiger ist es jedoch nicht, wenn sie diese Pistolen auch während der Verhandlung bei sich tragen und dadurch jene Gefahren erst heraufbeschwören, die durch die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen, die vom Hausherrn des Landgerichts im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Strafkammer angeordnet worden sind, angeblich ausgeschaltet werden sollen. Gegen wen wollen sich die Verteidiger während der Verhandlung mit der Waffe verteidigen?

Die Bewaffnung der Verteidiger im Gerichtssaal ist eine Bedrohung der Sicherheit während der Verhandlung und ist letztlich nicht mit einer Verteidigerbestellung vereinbar, die etwas anderes als die bedingungslose Integration in eine Staatschutzkonzeption zur Verurteilung der Angeklagten ist, da diese Bewaffnung im Zusammenhang mit angeblich von „anarchistischen Gewalttätern" ausgesprochenen Drohungen steht.

Wollen sich die Verteidiger mit der Waffe in der Hand gegen ihre Mandanten, denen von der Anklage unerlaubter Waffenbesitz vorgeworfen wird, oder gegen Angehörige von Organisationen, denen die Angeklagten zugerechnet werden, verteidigen?

Die Bewaffnung dieser Verteidiger ist ohne Zweifel eine besondere Form dessen, was als „Zwangsverteidigung" bezeichnet wird. Die Bewaffnung macht auch den Charakter von Verteidigung gegen denWillen eines Angeklagten in politischen Prozessen deutlich. Die auch gegen die Angeklagten gerichtete Bewaffnung der Verteidigung während der Ausübung ihrer „Verteidigeraufgaben" umschreibt unseres Erachtens bereits eine latente Bürgerkriegssituation."

Die beiden Vertrauensanwälte beantragten weiter, daß die Isolation der Untersuchungsgefangenen Eckes, Beer und Stachowiak, aufgehoben wird und diese Gefangenen allen Untersuchungshäftlingen gleichgestellt werden. Aus der Begründung dieses Antrags geht hervor, warum die Allnach-Verteidiger dies für Eckes, Beer und Stachowiak tun mußten:

„Während den Verteidigern ihre eigene Person so wichtig ist, gibt es unter diesen Verteidigern solche, die die Isolation der Angeklagten in der Sonderhaft im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sonderlich zu berühren scheint.

In dem Verfahren gegen Wulf/Geburtig wegen Verdachts der Gründung einer kriminellen Vereinigung hat der Gerichtsmediziner Dr. Naeve in einer gutachterlichen Stellungnahme vom 10.6.76 für den Angeklagten Borvin Wulf wegen schwerer Gesundheitsschäden durch 17monatige Isolationshaft die sofortige Aufhebung der Sonderhaft gefordert. Dieser Forderung hat der Vorsitzende der Großen Strafkammer 19 auch entsprochen aus den Gründen des Gutachtens. Darüber sind alle Verteidiger am 15.6.76 in diesem Verfahren informiert worden.

Obwohl die Angeklagten in diesem Prozeß eine um ein Jahr längere Isolationshaft als die Gefangenen Wulf/Geburtig haben, stellten lediglich vier Verteidiger für drei Angeklagte bei insgesamt sechs Angeklagten in der Isolation den Antrag auf Aufhebung der Sondermaßnahmen. Das Geicht wird aus Gründen der Fürsorgepflicht auch bei den Angeklagten die Isolation aufzuheben haben, deren Verteidiger einen entsprechenden Antrag nicht gestellt haben."

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und die Ablehnung zudem noch mit der Lüge gerechtfertigt, die Sonderhaft von Borvin Wulf sei nicht aufgehoben worden.



SENAT RÜGT ERKLÄRUNG DER GERICHTS-REFERENDARE

BERLIN (ID) 24.Juni Die Personalversammlung der Berliner Gerichtsreferendare beschloß am 26.5.76 folgende Erklärung zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD als Anzeige im ‚Tagesspiegel' zu veröffentlichen:

„111 BERLINER GERICHTSREFERENDARE ZUR ISOLATIONSHAFT

Anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof ist es unerläßlich, noch einmal auf die besonderen Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik aufmerksam zu machen. Bereits in einer am 30.10.74 im Tagesspiegel erschienenen Anzeige wiesen 128 Berliner Gerichtsreferendare auf die infolge der Haftsituation entstandene gesundheitliche Gefährdung der Häftlinge hin. Inzwischen erklärte auch der im Stammheimer Prozeß gerichtlich bestellte Gutachter Prof.Rasch die sozialisolierenden und bewegungseingeschränkten Haftbedingungen als mitursächlich für die physischen und psychischen Schäden der Gefangenen: sie seien in dieser Form ‚untragbar' und ‚mit Sicherheit selbstmordfördernd' (Stern vom 20.5.76). Daher erscheint es uns unerläßlich, daß die Isolation der Gefangenen umgehend aufgehoben wird. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Häftlinge in einem sozialen Umfeld von mindestens 15 - 20 Personen leben können. (So auch Prof.Rasch).

Da sich die Gerichte einer Integration der politischen Gefangenen in den normalen Strafvollzug bislang aus ‚Sicherheitsgründen' widersetzten und zudem zum Teil den Zusammenhan g zwischen dem gesundheitlichen Zustand der Gefangenen und ihren Haftbedingungen bestreiten, müssen gerade wir als Juristen die augenblicklichen Forderungen der betroffenen Häftlinge, ihrer Angehörigen und Anwälte unterstützen :

- Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik
- Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in einer Haftanstalt!

Um weitere Todesfälle von politischen Gefangenen zu verhindern, halten wir es für notwendig, auf den lebensbedrohenden Gesundheitszustand der in U-Haft befindlichen Gefangenen Wolfgang Grundmann und Karl-Heinz Roth aufmerksam zu machen.

Das teilweise aufgrund der Haftbedingungen entstandene Kiefernleiden von Herrn Grundmann sowie die durch die Isolationshaft hervorgerufenen Krankheiten — psycho-physische Erschöpfungszustände, Kreislaufstörungen und Konzentrationsschwächen (Gutachten Prof.Frey) — stellen eine latente Lebensgefahr dar, solange er weiterhin in U-Haft gehalten wird. Die medizinische Versorgung ist für einen derartigen Fall nach Aussage des Gutachters in keinem der zur Verfügung stehenden Haftkrankenhäuser ausreichend.

Die sofortige Haftverschonung für Wolfgang Grundmann ist dringend erforderlich, denn eine Gesundung kann nur bei intensiver, optimaler Therapie, n einem normalen Krankenhaus erfolgen.

Karl-Heinz Roth, der mit lebensgefährlichen Schußverletzungen in U-Haft kam und bereits zweimal wegen akuter Lebensgefahr operiert werden mußte, unterliegt trotz seines weiterhin lebensgefährlichen Zustandes — Gefahr eines Darmverschlusses — schärfsten Kontakt- und Bewegungsbeschränkungen. Herr Roth muß sowohl auf einer chirurgischen als auch auf einer internistischen Station behandelt werden. Keines der in Betracht kommenden Haftkrankenhäuser verfügt jedoch über beide Stationen. Die infolgedessen (bisher dreizehn mal) erforderlichen Verlegungen können wegen der damit verbundenen zeitlichen Verzögerungen und Transportrisiken zum Tod führen. Deshalb ist eine sofortige Haftverschonung für Karl-Heinz Roth erforderlich.

Die Personalversammlung der Berliner Gerichtsreferendare hat die Veröffentlichung dieser Erklärung am 26.5.76 mit 111 bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.
Gerhard Widmer, Referendar; Joachim Eckhoff,Mitglied des Personalrats."

(aus dem Tagesspiegel vom 3.6.76)

Anlaß für diese Initiative war der Tod von Ulrike Meinhof, der die lebensbedrohenden Haftbedingungen der politischen wie auch der anderen Gefangenen erneut in Erinnerung rief.
In einer vom Arbeitskreis Strafvollzug der Berliner Gerichtsreferendare erstellten Dokumentation wurde hierzu insbesondere auf die mangelhafte medizinische Versorgung der Häftlinge hingewiesen. Die auf der Personalversammlung anwesenden Referendare waren der Ansicht, daß gerade sie als Juristen verpflichtet seien, die Öffentlichkeit auf Mißstände im Strafvollzug aufmerksam zu machen. Die verabschiedete Erklärung sollte u.a. auch deshalb als Anzeige veröffentlicht werden, da auf diese Weise die Verbundenheit mit 20 Kollegen zum Ausdruck gebracht werden sollte, die augenblicklich wegen einer ähnlichen Initiative (Erklärung zum Hungerstreik im Tagesspiegel vom 30.10.74 - siehe ID Nr. 123) strafrechtlich verfolgt werden. Gleichzeitig sollte klargestellt werden, daß die Gerichtsreferendare sich nach wie vor berechtigt, aber auch verpflichtet fühlen, auf vorhandene schwerwiegende Mißstände im Justizbereich öffentlich hinzuweisen.

Die Reaktion der Justizverwaltung auf die am 3.6.76 im ‚Tagesspiegel' abgedruckte Erklärung konnte in ihrer Voreingenommenheit und Oberflächlichkeit kaum überraschen. So nahm Justizsenator Oxfort im Mittagsmagazin des RIAS-Berlin zu der Anzeige Stellung und die Justizverwaltung veröffentlichte über dpa eine Presseerklärung, von der in der Abendschau des SFB-Fernsehens und in einem Artikel des ‚Tagesspiegel' vom 5.6.76 berichtet wurde. Es sei „merkwürdig, daß auch die Gerichtsreferendare offenbar der Argumentation linksextremistischer Kreise unterliegen". Die Personalversammlung sei zu politischen Äußerungen nicht befugt. Im übrigen gäbe es in der BRD keine politischen Gefangenen. Ferner befände sich in Berlin, für das die Justizverwaltung zu sprechen allein befugt sei, niemand in ‚Isolationshaft'.

Mit dieser vordergürndigen Argumentation entzog man sich einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Stattdessen wurde in altbekannter Manier angekündigt, daß der Kammergerichtspräsident den Vorgang prüfen und im Rahmen der Dienstaufsicht das Erforderliche veranlassen werde.

Daß die Kritik der Referendare an den Haftbedingungen indessen nicht lediglich als Ergebnis linksextremistischer Beeinflussung abgetan werden kann, ergibt sich auch aus einer Erklärung, die die Jahreshauptversammlung von Amnesty International Deutschland am 6.6.76 verabschiedete:

„Die Jahresversammlung beauftragt den Vorstand, auf das schnelle Einsetzen einer neutralen internationalen Kommission, die die Haftbedingungen der RAF-Häftlinge prüfen soll, hinzuwirken. Besonderes Schwergewicht soll dabei auf die akuten Fälle der Häftlinge Grundmann und Roth, über deren gesundheitliche Situation wir erschreckende Informationen erhielten, gelegt werden.

Die Jahresversammlung begrüßt die in der Anzeige im ‚Tagesspiegel' vom 3.6.76 zum Ausdruck gebrachte Initiative der Berliner Gerichtsreferendare zum Problem der politisch motivierten Gefangenen in der BRD; sie würde staatliche Maßnahmen gegen diese Referendare als weiteres Zeichen der Verschlechterung des politischen Klimas ansehen, die A.I. gegenüber dem Bundespräsidenten schon festgestellt hat.
A.I. bringt zum Ausdruck, daß es sich unter seinen Gesichtspunkten nicht um politische, sondern nur um politisch motivierte Gefangene handelt.

Die Jahresversammlung fordert die Vollzugsbehörden des Stammheimer Gefängnisses auf, alle denjenigen Forderungen der vom Gericht im November 75 bestellten Ärzte, die noch nicht erfüllt sind, direkt Folge zu leisten".

Soweit die Justizverwaltung in ihrer Presseerklärung die Existenz von Isolationshaft in Berlin bestreitet, muß sie auf einen Vorfall hingewiesen werden, der sich erst jüngst in der U-Haftanstalt Moabit ereignet hat. Der 30-jährige U.Häftling Horst Rackow, dem

ein Raubmord zur Last gelegt wird, tötete sich, indem er sich eine Plastiktüte über den Kopf zog und damit erstickte. In einem Brief, in dem er zuvor die Tat angekündigt hatte, erklärte er, der Entschluß sei keine Kurzschlußhandlung, sondern beruhe auf seiner fünfjährigen (!) Isolierung in der U-Haft und den dadurch bedingten Zustand. (siehe ID Nr. 130)

Das Manöver der Justizverwaltung, mit einer willkürlichen Definition des Begriffs ‚Isolationshaft' von der wahren Problematik ablenken zu wollen, erscheint angesichts dieses neuen Todesfalls überaus zynisch. Die Justizverwaltung sollte endlich einmal sachlich zu dem Vorwurf Stellung nehmen, es gäbe auch in Berlin menschenvernichtende Haftbedingungen!

Solange die zuständigen Stellen nichts zu Verbesserung der Haftbedingungen unternehmen, müssen die Gerichtsreferendare als Angehörige der Justiz in Erfüllung ihrer besonderen Verantwortung auch in Zukunft auf Mißstände im Strafvollzug hinweisen und sich für eine ausreichende medizinische Versorgung aller Häftlinge einsetzen.

Arbeitskreis Strafvollzug der Berliner Gerichtsreferendare

GRENZENLOSE DEUTSCHE JUSTIZ

DÜSSELDORF (ID) 23. Juni

Der Holländer Harm K. Dost ist im Mai vom Landgericht Kleve zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt worden, weil er in Holland gegen das deutsche Betäubungsmittelgesetz verstoßen hatte. In einem Begleitbrief zur „kurzen Übersicht meines Falles", die Harms uns aus der JVA Ulmerstraße 95, 4000 Düsseldorf geschcikt hat, heißt es:

„Überhaupt, was die sich hier in Deutschland Andersdenkenden gegenüber alles leisten, das hält man ja kaum für möglich. Es ist gut, daß man im Ausland langsam anfängt, durchzublicken, aber ich glaube, daß die noch nicht halb wissen, was hier tatsächlich alles los ist."

Hier sein Bericht:

1971 wurde ich Mitglied von Release und gründete zusammen mit einem Freund die Arnheimer Drogenberatung. Im Frühling 1972 kam eine Bitte von Release Wuppertal, ob wir nicht Unterkunft hätten für sechs bis zehn Opiumabhängige, weil man, den Tod eines Mitarbeiters wegen, eine Lücke in der Hilfeleistung hatte. Es gelang Release uppertal nicht, diese Lücke zu schliessen wegen fehlender Mitarbeit der Behörde. Stattdessen kamen immer mehr Leute nach Arn heim, nicht nur Abhängige sondern auch Jugendliche, die von zuhause ausgerissen oder hinausgeworfen waren, aus Heimen, Knästen, Abtreibungen wegen.

Die Arnheimer Behörden standen dem Problem sehr aufgeschlossen gegenüber und leisteten Hilfe, soweit das in ihrer Macht stand. Auch Ärzte, Zahnärzte, Anwälte usw. leisteten vielfach (unentgeltlich) Hilfe. Bloß die Arnheimer Polizei fand es nicht immer sehr angenehm, denn bei uns sammelte sich alles, was an der Grenze der Gesellschaft lebt. Der Gebrauch sämtlicher Drogen war bei uns erlaubt, bloß die Verbreitung von Suchtdrogen war verboten. Um Hasch kümmert sich in Holland sowieso keiner, die andern werden unter ärztliche Kontrolle gebracht und dazu überredet, auf Methadon umzusteigen oder möglist ganz damit aufzuhören. Die Atmosphäre war also durchaus positiv, bloß lief alles immer auf die Grenzen des (in Holland) gesetzlich Erlaubten.

Im Sommer 1974 wurde ein Wuppertaler Anwaltstochter durch ihre Mutter mit 100 Mark aus dem Haus hinausgeworfen, und sie ging gleich nach Arnheim, wo ihr Bruder auch schon Zuflucht gesucht hatte. Als ihre Eltern merkten, daß sie in unserer „Haschhöhle" Unterkunft gekriegt hatte, sollte sie sofort wieder zurück. Die Tochter wollte aber erst mal die Ferien zur Beruhigung bei uns verbringen. Als ich diese Absicht tatkräftig unterstützte und die Eltern ohne Tochter nach Wuppertal zurückfahren mußten, nütze der Anwalt seine Kontakte zur Wuppertaler Staatsanwaltschaft aus, um ein Ermittlungsverfahren gegen mich einleiten zu lassen.

Nun habe ich öfters Leuten gezeigt, wo man in Holland sauberes Haschisch kriegen kann, ohne Gewalt, Betrug und sonstige Risiken und es war für die Staatsanwaltschaft dann auch kein Problem, mich als „Rauschgiftgroßhändler" hinzustellen. Daraufhin hatte die Arnheimer Polizei erst mal einen Anlaß, unser Zentrum auszuräumen — unter heftigem Protest der Arnheimer Öffentlichkeit übrigens.

Als die Anwaltstochter dann 1975 die Absicht hatte, sich endgültig nach Holland abzusetzen und diesen Plan mit meiner Hilfe dann auch verwirklichte, war das ausreichend Grund, um erst einen Haftbefehl gegen mich zu erlassen und mich dann am 10..9. 1975 an der Grenze festzunehmen auf Vorwurf, ich hätte von 1972 bis 1974 in Arnheim Hasch verkauft.

Am 26.11. erhielt ich dann die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Wuppertal. Als ich im Gesetzbuch schnüffelte, kam ich schon schnell zum Schluß, daß man in Wuppertal gar nicht zuständig für mich war und ließ meinen Pflichtverteidiger Beschwerde einlegen. Die Staatsanwaltschaft mußte die Anklage zurücknehmen — ich wurde nach Kleve verlegt. „Ergreifungsort". Indessen hat mir meine Familie einen Wahlverteidiger besorgt, denn Pflichtverteidiger hier in der BRD geben offensichtlich auch bloß Pflichtnummern. Der Wahlverteidiger kam zum Schluß, daß der Haftbefehl auch nie rechtsgültig gewesen war.

Am 2.2.1976 erlängerte das Landgericht Kleve die Sechsmonatsfrist der Untersuchungshaft, obwohl es für diese Entscheidung gar nicht zuständig war (OBL) und die Gründe einer Entschedung dem Bundesverfassungsgericht unterliegen. „Der S aat kann sich dem Untersuchungsgefangenen gegenüber nicht darauf berufen, daß es seine Gerichte nicht so ausstattet, wie es erforderlich ist..."

Am 23.2. erhielt ich einen Brief des OBL in Düsseldorf vom 13. 2., in dem mir eine Frist von drei Tagen gewährt wurde, um Stellungsnahmen zu ermöglichen. Diese Stellungnahme gab ich am 24.2. zur Post. Darauf erhielt ich einen Beschluß des OBL vom 24.2. (!), in dem die Sechsmonatsfrist verlängert wurde — diesmal der besonderen Schwierigkeit und Umfang der Ermittlungen wegen. Ich stellte einen Antrag auf Wiedereinsetzung und fügte eine Stellungnahme hinzu. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Empfangsbestätigung vom 23.2. habe ich aber schriftlich. Außerdem ist das OBL gemäß § 122 StPO verpflichtet, mich zu hören — im Beschluß des 24.2. steht auch, daß ich gehört worden sei. So eine Lüge!

Am 29.4., 7. und 11. 5. war die Verhandlung und bin ich verurteilt worden, weil die deutsche Gerichtsbarkeit gegeben sei: gemäß § 6, Art. 5 und 8. Mein Verteidiger hat geltend gemacht, daß diese Auslegung internationaler Verträge völkerrechtswidrig sei und mit dieser Stellungsnahme gehe ich auch weiter bis in die letzte Instanz. Auch zum europäischen Gerichtshof, wenns sein muß.

PS: Nochmal ganz klar: mit wird nicht vorgeworfen, in Deutschland auch nur das Geringste mit Hasch zu tun gehabt zu haben."

"SONDER KOMMISSION JUGENDSCHUTZ": DER KUMPELHAFTE SCHNÜFFLER

FRANKFURT (ID) 24. Juni

In der Vergangenheit gab es in verschiedenen Jugendhäusern (JH) des "Vereins Haus der offenen Tür" Polizeieinsätze. Im JH Eschersheim sollte die Polizei verhindern, daß zwei rivalisierende Gruppen von Jugendlichen Putz machen. Sie tat das mit Knüppeln und vorgehaltenen Maschinenpistolen. In der darauffolgenden Zeit wurden Jugendliche vor dem Jugendhaus von der Polizei fotografiert.

Im JH Bornheim verunglückte ein Mädchen im Laufe einer Auseinandersetzung tödlich. Die Polizei rückte im großen Stil an, um den 'Mörder' zu fangen. Aufgrund von Polizeiaussagen gab es darauf eine das Jugendhaus und die Jugendlichen diskriminierende Presseberichterstattung. Das JH Gallus wurde mit Hilfe der Polizei von unerwünschten Besuchern befreit. Das wurde von den Mitarbeitern und von der Vereinsführung als Erfolg bezeichnet.

Ein großer Teil der Vereinsmitarbeiter ist mit dem Einsatz der Polizei grundsätzlich einverstanden, lediglich das Verhalten einzelner Beamter wird angegriffen. Somit wurde der Wunsch nach Verständigung mit den zuständigen Polizeirevieren von den Sozialarbeitern geäußert. Die Vereinsführung griff das Anliegen auf und verhandelte mit der Polizeiführung. Bei der Polizei hatte man schon Überlegungen zur Verbesserung des Jugendschutzes angestellt. Polizeipräsident Müller hatte sich in Hamburg und München informiert, wie die Polizei dort mit dem Problem umgeht.

Ergebnis ist die Einrichtung einer 'Sonderkommission Jugendschutz' bei der Kriminalpolizei in Frankfurt. In jedem Revier soll ein Beamter als Verbindungsmann zwischen Jugendhaus und Sonderkommission eingesetzt werden. Das von den Sozialarbeitern geforderte erhöhte Einfühlungsvermögen in die Situation des Jugendhauses soll durch eine pädagogische, psychologische Ausbildung der Polizisten vermittelt werden. Außerdem sollen Diskussionsrunden zwischen Sozialarbeitern und Polizisten Verständnis wecken. Schwerpunkt der Arbeit soll sein: die Verhinderung der Jugendkriminalität. Das soll so aussehen: verstärkte Überwachung von Gaststätten und Jugendtreffs durch die Sonderkommission, Austausch zwischen Sozialarbeiter und Verbindungsbeamten beim Revier über konkrete Vorfälle mit Jugendlichen im Jugendhaus. Im Konfliktfall direkte telefonische Verbindung zwischen Sozialarbeitern und Sonderkommission.

Dadurch soll der Einsatz von Überfallkommandos vermieden werden. Die Jugendlichen sollen erfahren, daß es außer den repressiv wirkenden Beamten auch die vorbeugend wirkenden Beamten gibt. Deren Merkmale sind z.B. Zivilkleidung statt Uniform, oberflächliches Verständnis für die Jugendlichen statt Knüppel, väterlich oder kumpelhaftes Verhalten statt Beamtendünkel. Trotz der freundlichen Fassade: ein Bulle bleibt ein Bulle!

Diese Bemühungen sind einzuordnen in die allgemeinen Bestrebungen der Polizei, der Bevölkerung einzureden, ihre Sicherheit könne nur dann umfassend gewährleistet werden, wenn sich die einzelnen Bürger vertrauensvoll mit ihren Informationen an die Polizei wendet.

STADT FRANKFURT AM MAIN DROHT JUGENDZENTRUM MIT SCHLIESSUNG

FRANKFURT (ID) 23. Juni

Das JuZ Bockenheim (Stadtteil in Frankfurt) ist der Stadt ein Dorn im Auge. Der Trägerverein, alles Mitglieder der ehemaligen Initiativgruppe, praktiziert dort nämlich von Anfang an die völlige Selbstverwaltung. Daß das nicht einfach zu verwirklichen ist, ist der Initiativgruppe auch klar. „Das Prinzip der Selbstverwaltung war vielen Jugendlichen aufgrund ihrer Sozialisation in Schule, Familie und Betrieb völlig fremd. Zweifellos braucht ein Jugendlicher nach 15 Jahren partriarchalischer Erziehung länger als ein Jahr (so lange gibts das JuZ), um in der Lage zu sein, solidarische Formen der Kommunikation zu praktizieren". (Zitat nach einem Papier des JuZ). Nun nimmt aber das Jugendamt die Schwierigkeiten, die sich aus der Verwirklichung eines Selbstverwaltungskonzeptes ergeben, zum Anlaß, dem jetzigen Trägerverein das Haus wegzunehmen, weil „die überfordert sind". Man sperrte erstmal das Geld und bot dann das Haus u.a. dem Stadtjugendring an, der dieses Ansinnen allerdings zurückwies. Der Stadtjugendring war nämlich im Gegensatz zum Jugendamt der Meinung, daß die Jugendlichen aus den Schwierigkeiten mehr gelernt hätten, als wenn ihnen von Anfang an etwas vorgesetzt worden wäre — wie z.B. bei den städtischen Jugendhäusern. Beispiel: Die Stadt wollte von Anfang an, daß das JuZ einen Sozialarbeiter einstellt, doch die Jugendlichen wollten keinen, da sie dessen disziplinierende Funktion ablehnten. Im Laufe der Arbeit sahen sie aber, daß der Wust an Arbeit nicht so einfach in der Freizeit zu bewältigen ist, vor allem nachdem der erste Enthusiasmus vorbei war. Die Jugendlichen haben dann in Vollversammlungen immer wieder — sehr konträr— über das Thema Sozialarbeiter diskutiert und sind heute dafür, jemanden, d.h. mindestens drei, einzustellen. Dieser Schritt wurde von der Verwaltung völlig ignorant als Taktik der Jugendlichen interpretiert — ein Grund mehr, ihnen das Haus wegzunehmen. Allerdings mußte das Jugendamt vorerst mal eine (Teil-)Niederlage einstecken: Der Jugendpflegeausschuß, der über die weitere Trägerschaft und das Geld zu entscheiden hat, hat sich nach Anhörung der JuZ-Vertreter der Argumentation der Verwaltung nicht angeschlossen. Allerdings konnte er sich disziplinarische Maßnahmen auch nicht verkneifen: ein brauchbares Konzept muß vorgelegt werden, das Geld steht nur für notwendigste Reparaturen und die laufende Gruppenarbeit zu Verfügung. Die endgültige Entscheidung fällt wohl im September.

Daß die Stadt den Jugendlichen das Haus wieder wegnehmen will, ohne es zu schließen, hat natürlich seinen Grund: die Bokkenheimer Jugendlichen hatten 1974 nach einem Jahr vergeblichen Verhandelns das Haus besetzt (wobei sie im Übrigen von Vertretern des Jugendamtes dazu mehr oder weniger ermutigt worden waren!). Sie wurden aber in der gleichen Nacht wieder von der Polizei vertrieben, was eine mehrstündige Straßenschlacht zur Folge hatte. Das harte Verhalten der Stadt erschien aber vor den damaligen Landtagswahlen nicht opportun. Die SPD setzte sich dann schleunigst dafür ein, daß die Jugendlichen das Haus bekommen, ja man beschloß, es als „Modellversuch" laufen zu lassen. Damit wurden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: das berechtigte Interesse der Bockenheimer Jugendlichen konnte befriedigt werden, denn es gab im ganzen Stadtteil keinen Treffpunkt für sie, und außerdem war es so viel billiger, als wenn man ein städtisches Jugendhaus dorthin setzen würde (zum Vergleich: ein städtisches Jugendhaus vergleichbarer Größe kostet im Jahr etwa 300.000 Mark, das JuZ sollte 1976 insgesamt 75.000 Mark bekommen!). Die Dreckarbeit durften also die Jugendlichen machen, die Erfolge heimsten die SPD-Bonzen ein. Das Dumme war nur, daß die Jugendlichen das Haus als *ihr* Haus begreifen und es damit der Kontrolle der Stadt entziehen; außerdem beinhaltete das Konzept der Selbstverwaltung eine politische Haltung, die dem Jugendamt sehr suspekt ist (die Empörung über den Zustand des Hauses lag wohl mehr an den Parolen an der Wand als am nicht gebohnerten Fußboden). So ist denn die Logik des Jugendamtes klar: ein Jugendhaus wird in dem Stadtteil gebraucht, aber der jetzige Träger ist zu unbequem; also sucht man nach anderen Trägern, die die Disziplin wiederherstellen, und die Kontrollfunktionen ausübt, vor denen sich das Jugendamt selber scheut. Geschickt; aber leicht durchschaubar. Und eins muß der Stadt klar sein: wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

JUGENDFEST IN ASCHAFFENBURG

ASCHAFFENBURG (ID) 24. Juni

Das Kommunale Jugendhaus in Aschaffenburg veranstaltet über das erste Juli-Wochenende ein Kommunikationsfest im Nilkheimer Park, das im wesentlichen von der Initiative der Besucher gestaltet werden soll. Es soll den im Umkreis existierenden Jugendzentren und Jugendzentrumsinitiativen die Möglichkeit zu Kontakten bieten.

Auf dem Programm stehen Musikgruppen, Theatergruppen und Filme. Unkostenbeitrag: 7 DM für die drei Tage. Bitte Schlafsäcke zum Übernachten mitnehmen. Beginn Freitag, 2. Juli, 16 Uhr.

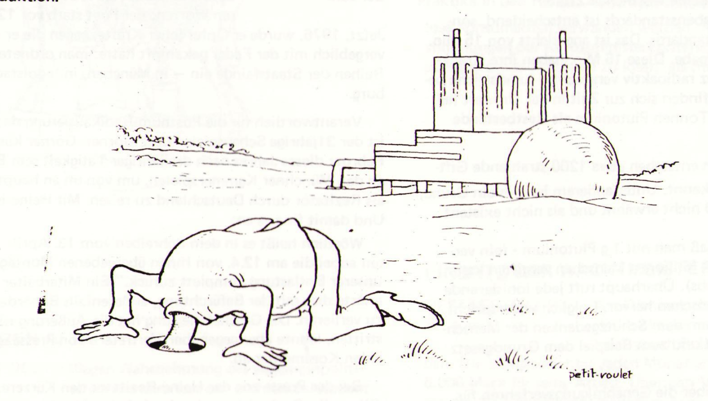
Kontaktadresse: Kommunales Jugendhaus, Treibgasse 20, 8750 Aschaffenburg

KLÄRSCHLAMM–SKANDAL

KASSEL (ID) 18.Juni

Studenten der OE Landwirtschaft in Witzenhausen haben in der Nacht vom 17. auf 18. Juni 5 Tonnen giftigen Klärschlamm vor dem Rathaus in Hessisch – Lichtenau abgekippt. Dazu geben sie folgende Stellungnahme ab:

Aus unserer Studienrichtung heraus ergibt sich ein Zwang, sich sowohl mit dem Anfall von kommunalen Klärschlämmen als auch mit deren Beseitigung zu beschäftigen. Gerade im Zuge der zunehmenden Verknappung der Rohstoffe wird die Rückführung von Nährstoffen, die im Klärschlamm enthalten sind, besonders an Bedeutung gewinnen. In vielen Versuchen wurde die Verwendung von Klärschlamm getestet. Die bisherigen Untersuchungen, die sich nur auf einen Teil der wesentlichen Elemente bezogen, ließen eine Unschädlichkeit aus Haushalten und kleineren Kommunen vermuten. In den industriellen Ballungszentren ist der Untersuchung auf schädliche Schwermetalle relativ mehr Beachtung geschenkt worden.
Ein in Witzenhausen neueingerichteter Aufbaustudiengang "Umweltsicherung" hat zum Ziel, sich u.a. Fragen der Rekultivierung und des Nährstoff–Recycling zu widmen.
In Hessisch – Lichtenau, Glimmerode wurde, um theoretische Modelle am Projekt durchzuführen, ein Projektfeld auf den ehemaligen Abraumhalden des Preußen. – Elektra.Braunkohlentagebaus eingerichtet. Zur Rekultivierung wurden in verschiedenen Varianten mehrere Abfallstoffe getestet - auch Klärschlamm aus der Kommunalen Kläranlage in Hessisch–Lichtenau–Fürstenhagen. Die Beaufschlagung mit ca. 400 to erfolgte im Sommer 75. In späteren Forschungen stellte sich heraus, daß im Klärschlamm ca. 1% Antimon enthalten ist. Dieses Element kommt in seinen Eigenschaften dem Arsen sehr nahe und ruft ähnliche Vergiftungserscheinungen hervor. Es findet vor allem beim Einfärben von Geweben (Zeltbahnen) Verwendung. Derart verwendete Stoffe sind nämlich bei Infra–Rot –Photographie vom Chlorophill nicht mehr zu unterscheiden. Käufer dieser Zeltbahnen ist die Bundeswehr – Es handelt sich also um Rüstungsproduktion.



In Tierversuchen nachweisbar wirkt Antinom höchst toxisch mit einem hohen Letalfaktor. (Beim Menschen sind 0,1 gr. tödlich). In Hessisch–Lichtenau wird dieser vermutlich höchst gefährliche Klärschlamm an Landwirte abgegeben, die damit ihre Feldflächen düngen. Der Pflanzenaufwuchs wird in einer Nahrungskette über die Tiere letztlich der menschlichen Ernährung zugeführt. Die hohe Konzentration – im Normalfall werden Schwermetalle in p.p.m. gemessen(!) – und die große Unsicherheit der wissenschaftlichen Erkenntnis haben uns veranlaßt, im Gegensatz zu den dafür Verantwortlichen, mit noch recht unsicheren wissenschaftlichen Erkenntnissen in dieser spektakulären Form an die breite Öffentlichkeit zu gehen. Entgegen Angaben der Projektleitung geben die Stadtwerke Hessisch– Lichtenau noch Klärschlamm auf Anfrage ab, obwohl an verantwortlichen Stellen seit Wochen die Gefahren bekannt sind. Die Vorstellung von Verantwortung der Wissenschaft zwingt uns gerade am heutigen Freitag, die Öffentlichkeit über Teile der Realität des Umweltschutzes zu informieren. Heute nämlich verweilen der Gründungspräsident der GhK. v. Weizäcker und andere illustre Persönlichkeiten in Hessisch – Lichtenau zur offiziellen Einweihung des Projektfeldes.

Für uns stellt sich die Frage, ob Verflechtung zwischen Privatwirtschaft und Politik notwendige Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und Bevölkerung nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.
Um Schäden an der Bevölkerung zu vermeiden fordern wir:

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER ABGABE VON KLÄRSCHLAMM AN DIE LANDWIRTSCHAFT

VERHINDERUNG EINER WEITEREN ABGABE VON ANTIMON IN DAS ABWASSER DURCH DEN BETREFFENDEN INDUSTRIEBETRIEB

SOFORTIGE INFORMATION DER BEVÖLKERUNG, BESONDERS ALLER LANDWIRTE UND SOFORTIGE WISSENSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNG DES BODENS, DER PFLANZEN UND DER TIERE AUF GIFTGAS
verantwortlich: basisgruppe witzenhausen

INFOS ZUM "ATOMMÜLLPARK"

UELZEN (ID) 21.Juni

Die Volkshochschule der Stadt Uelzen hat am 21.6. zu einem „Forum" über die Problematik der Atommüll-Wiederaufbereitungsanlagen (WAA) eingeladen. Eingeladen waren Vertreter von Parteien, die im voraus gesagt, nur mitteilen konnten, daß in ihrer Partei Uneinigkeit herrscht und ansonsten Wahlkampf machten-und ein Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, der Herr Randl, der sich ja auch schon bei einer Veranstaltung in Hümling (siehe ID Nr.13o) als unbeliebt auswies.
Sein Widerpart war Walter Soyka, Leiter des Instituts für biologische Sicherheit an der Uni Bremen; anwesend waren etwa 1ooo Zuhörer, Mitdiskutanten und Sympathisanten. Zusätzlich zu den Informationen im letzten ID jetzt kurz das, was die beiden Leute

zum Problem WAA zu sagen hatten:

1. Randl (keine wörtlichen Zitate):
Die Sicherung unseres Lebensstandards ist wichtig, weiterhin die Führungsrolle der BRD in der Technologie, das heißt also, es muß eine sichere Energieversorgung vorhanden sein. Das geht nur durch Kernenergie (als Mittel der Stromerzeugung).

Der Bundestag hat sich einstimmig für die Nutzung der Kernenergie ausgesprochen und zwar unter folgenden Aspekten:
- Umweltschutz als Voraussetzung der Kernenergienutzung
- Energieversorgung heißt: Nutzung der Uranvorkommen
  Sicherung der Uranvorkommen
  „Entsorgung" (das ist:der Müll!)

Die Entsorgung sieht folgendermaßen aus: Uran und Plutonium wird abgetrennt von den spaltbaren Produkten. Diese beiden Stoffe werden wieder als Brennelemente verarbeitet, der Rest ist Müll.
Das Konzept der Bundesregierung sieht vor, die Entsorgung in einer Anlage durchführen zu lassen und zwar aus Gründen der Gefahr. (Randl sagte, es sei zu gefährlich, das Plutonium zu verschiedenen Orten zu bringen; er meinte, es würden zu viele Leute draufgehen, wenn in dicht besiedelten Gebieten unvermutet diese Strahlung frei wird). Die Entsorgungsanlage wird in gemeinsamer Anstrengung von Staat und Industrie erstellt. Die Industrie baut und der Staat lagert den Müll.

Im Deutschen Bundestag wurde am 10.Juni in der 4.Änderungsnovelle zum Atomgesetz u.a. festgehalten:
- Staatliche Kontrolle der Lagerung des Atommülls
- Standortauswahl für eine WAA (von 26 Orten drei in der engeren Wahl)
- Standorterkundungen im Kreise Aschendorf-Hümmling,Nienburg-Fallingbostel und Celle.

Die Betriebserfahrungen von WAA'en aus dem Ausland sollen zum Aufbau dieser Anlage genutzt werden, die Probleme des Atommülls sind als technisch gelöst zu betrachten. Z.B. werden Laborversuche zum Zurückhalten des (giftigen) Cryptons gemacht, bis 1978 soll das funktionieren.

2.Walter Soyka (ebenfalls keine wörtlichen Zitate):
Nicht die Sicherung des Lebensstandards ist entscheidend, sondern die des Gesundheitsstandards. Das ist angesichts von 15 Mio. Krebstoten eine echte Aufgabe. Diese 15 Mio. haben ihre Krankheit u.a. durch die Existenz radioaktiv verseuchter Landstriche bekommen. Zum Beispiel befinden sich zur Zeit in der Umwelt (allgemein gesehen) etwa 7-8 Tonnen Plutonium als Restbestände militärischer Versuche.

Bei der Kernreaktion entstehen etwa 1200 strahlende Giftstoffe, 50 (!) davon sind bekannt. Unter anderem ist dies ein Grund, daß man die restlichen 1150 nicht erwähnt und als nicht existent ansieht.
Wissenschaftler sagen aus, daß man mit 1 g Plutonium - fein verteilt - zwischen 4000 und 54 Millionen Menschen vergiften kann (und zwar durch Lungenkrebs). Überhaupt ruft jede ionisierende Strahlung Schäden beim Menschen hervor. Folglich widerspricht jede Erzeugung von Plutonium dem Schutzgedanken der Menschheit — also dem Völkerrecht und zum Beispiel dem Grundgesetz (Artikel 25).

Soyka ließ sich noch über die Genehmigungsverfahren für KKW's aus; es sei alles in allem eine Farce, was sich dort abspiele. Spezielle Aussagen:
- Das niedersächsische Sozialministerium hat die Genehmigung zum Bau eines KKW's bei Hameln (Niedersachsen-Weser) gegeben.
- Ebenfalls an der Weser liegt das KKW Würgassen. Dort werden seit 1967 Versuche zur Zurückhaltung des Cryptons gemacht, immer war man guten Mutes, es bald geschafft zu haben — aber bis heute hat man noch keinen messbaren Erfolg.
- Denkanstoß: wenn man die Energie, die bei der Erbauung von KKW.s, WAA'en etc. verbraucht wird, wenn man die einsparen würde, obs dann immer noch die ‚Energielücke' gäbe? Man müßte doch nur das Plutonium verbieten!
- Zu guter Letzt: der Gefährdungsumkreis einer WAA (=vermutetes Auftauchen von Strahlungsschäden) ist nicht nur 30 km sondern 400 km!

GUTE RATSCHLÄGE VON VIDEOFREUNDEN

FRANKFURT (ID) 23. Juni Jeder Video-Filmer weiß, daß seine Filmkamera sofort völlig kaputt geht, wenn man das Objektiv direkt in grelles Licht hält. Mit jedem Taschenspiegel, der Sonnenlicht gebündelt auf das Objektiv einer Videoanlage richtet, kann man also eine solche Anlage unschädlich machen. Um nicht unnötig Steuergelder zu verschwenden, werden hiermit alle Zivilbeamten der Polizei aufgefordert, die von ihnen installierten Videokameras bei Demonstrationen, Streiks und sonstigen politischen Versammlungen nicht leichtsinnig Taschenspiegeln auszusetzen.

STAATSFEIND HEINE, STAATSFREUND TANDLER

MÜNCHEN (ID) 23. Juni Er hieß Heinrich Heine und war Dichter von Beruf. Er lebte von 1797 bis 1856. Mit anderen Worten: der Poet starb vor 120 Jahren. Jetzt, 1976, wurde er Opfer jener Kräfte, gegen die er damals vergeblich mit der Feder gekämpft hatte: man ordnete ihn in die Reihen der Staatsfeinde ein — in München, in Ingolstadt, in Würzburg.

Verantwortlich für die Posthum-Radikalisierung des Poeten ist der 31jährige Schauspieler Lutz Görner. Görner kündigte im Februar dieses Jahres nach dreijähriger Tätigkeit sein Engagement an den Münchner Kammerspielen, um von un an hauptsächlich als Rezitator durch Deutschland zu reisen. Mit Heine im Gepäck. Und damit fing es an:

Wörtlich heißt es in dem Schreiben vom 13. April: „Sie erhalten anbei die am 12.4. von Ihnen übergebenen Montagen ... zu unserer Entlastung komplett zurück." Ein Mitarbeiter der Firma erlärte dies mit der Befürchtung, anderenfalls Behördenaufträge zu verlieren. Die Geschäftsleitung hat die Äußerung nicht bestritten, lehnte aber gegenüber Vertretern von Presseagenturen jeden Kommentar ab.

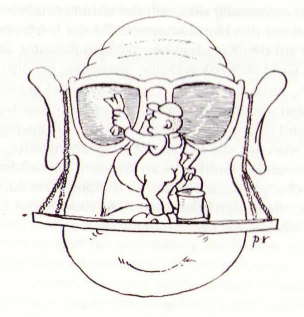
Bei der Presse zog der Heine-Rezitator den Kürzeren. dpa: „Wenn Ihr Buch nicht gedruck wird, dann ist das allein Ihr persönliches Problem." Spiegel: „Eine gute Geschichte. Wenn Sie dann einen Prozeß führen, werden wir darüber berichten.' Soweit München.

Einen Monat später weilte Görner am Stadttheater Ingolstadt. Am 1. Juni schrieb ihm der Intendant: „... wir waren uns darüber einig, daß Sie am 20. Mai 1976 einen Heinrich-Heine-Abend in unserem Studio geben würden. Sie haben nie ein Wort darüber gesagt, daß Sie versuchen würden, diesen Abend als Vehikel für eine DKP-Werbung zu benutzen. HaltenSie das für fair? ... Mir bleibt nichts übrig, als jeden meiner Kollegen, der für Sie ein potentieller Veranstalter sein könnte, darauf hinzuweisen, was man von Ihnen halten muß, wenn man einen Vertrag mit Ihnen abschließt."

Frage an Görner: „War das taktisch klug und notwendig, einen literarischen Abend parteipolitisch umzufunktionieren? " Görner: „Ich habe kein Wort über die DKP verloren. Und der Intendant war gar nicht da.' Aufschluß gibt schließlich eine Kritik des Donaukurier vom 25. Mai, in der eine DKP-Anzeige im Heine-Lesebuch bemängelt wird. Dies, so vermutete Görner im Nachhinein, war vermutlich ein Beweggrund für den Koehler-Druck in München. Soweit Ingolstadt.

Wenige Tage später verbot in Würzburg der Direktor des Siebelgymnasiums seinen Schülern, Plakate aufzuhängen, die zur Heine-Dichterlesung einluden. Direktor Wohlleben gegründete sein Verbot mit der Erklärung, die Plakate seien „politische Propaganda". Einziger Zusatz neben der sachlichen Ankündigung und einem Heine-Portrait waren zwei Zeilen mit dem Wortlaut: „Ein Abend für Demokraten und solche, die es werden wollen." Platz wäre am schwarzen Brett des Siebelgymnasiums eh keiner gewesen, dort hing nämlich bereits politische Propaganda: ein Fragebogen der Schüler-Union und eine Ankündigung für CSU-Tandler. Soweit Würzburg.

Görner nämlich hat "Ein Heine—Lesebuch" zusammengestellt, "für Demokreten und solche, die es werden wollen" (Untertitel). Dieses Buch — als Eigendruck im Selbstverlag — verkaufte er zum Preis von 5 Mark — quasi als Programmheft — bei seinen Rezitationsabenden "Die Menschen sind keine Esel". Als ein Nachdruck nötig wurde (Görner hatte bereits 1975 über 80 Abende gegeben) wandte er sich, da die Erstdruckerei überlastet war, an den Münchner Großbetrieb Koehler-Druck am Vogelweideplatz 10. Koehler nahm den Auftrag an. Es handelte sich um eine Auflage von 10.000 Stück, Tags darauf machte Koehler einen Rückzieher.



KLAGE GEGEN ASTA

DARMSTADT (ID)
23. Juni

Wegen Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats hat der Architekturstudent Rainer Diefenbach Klage beim Verwaltungsgericht gegen den AStA der Fachhochschule Darmstadt eingericht. In seiner gemeinsam mit einem Rechtsanwaltsbüro ausgearbeiteten umfangreichen Klageschrift wirft er dem AStA unter anderem fol folgende „Amtsmißbräuche" vor: Einen Aufruf des AStA, sich an der Demonstration in Stuttgart-Stammheim im Zusammenhang mit dem Tod von Ulrike Meinhof zu beteiligen, das Aushängen von Plakaten verschiedener politischer Gruppen zu politischen Veranstaltungen, verschiedene Beiträge im AStA-Info der Fachhochscule Darmstadt u.a. zum § 218, Wohn- und Mietdiskussion u.a. mehr. In einer Vollversammlung, die am 15. Juni stattfand, forderten der AStA und die versammelten Studenten Diefenbach auf, seine Klage zurückzunehmen.

BOYKOTT DER RÜCKMELDUNGEN

TÜBINGEN (ID)
24. Juni

An der Uni Tübingen werden zur Zeit die Rückmeldungen boykottiert. In den naturwissenschaftlichen Fachbereichen Biologie, Chemie, Medizin, Biochemie und anderen mehr sollte die Rückmeldung mit "Rückerstattungskosten für Praktika" gekoppelt sein. Da manche Praktika bis zu hundert Mark (100,—) kosten (Versuchskaninchen, Chemikalien etc.) und alle Praktika der letzten drei Semester bezahlt werden sollen (Lernmittelfreiheit !!!), kommt dies manchen Kommilitonen sehr teuer zu stehen. In einer Uni -Vollversammlung am 24.Juni soll beschlossen werden, daß alle Studenten der Universität die Rückmeldung boykottieren, da ja bekanntlich Einigkeit stark macht. Von den 18000 Studenten haben sich in dieser Woche 300 zurückgemeldet, die Frist läuft allerdings erst in drei Wochen ab.

PSYCHOLOGIESTUDENTEN STREIKEN

STUTTGART (ID)
22.Juni

Vom 14.6. bis 16.6.76 führen die Psychologie-Studenten an den Universitäten des Landes Baden-Württemberg einen aktiven Streik gegen die Verschärfungen der Studien- und Prüfungsbedingungen, die einhergehen mit der ständig fortschreitenden Entrechung der Studenten, durch.

In diesem Semester werden an den Universitäten die neuen Prüfungsordnungen und Studienpläne verabschiedet, die auf dem Hochschulrahmengesetz und dem Landeshochschulgesetz basieren und vor allem dazu dienen, in immer kürzerer Zeit (Regelstudienzeit : 8 Semester) eine immer größer werdende Stofffülle durchzupauken (Erhöhung der Scheinanforderungen und der Pflichtstundenzahl auf z.B. 60 Stunden Mindestarbeitszeit im Hauptstudium); dazu kommen Prüfungsvorbereitungen und Praktika in den Ferien. Außerdem sollen die Studenten in kritiklose Konsumenten verwandelt werden. Aus den 'Allgemeinen Bestimmungen der Kultusministerkonferenz' wurde die 'Fähigkeit, übergeordnete Probleme zu lösen' als Studienziel gestrichen.

EINSATZ DER WACHTMEISTER AN DER PH

WESTBERLIN (ID)
22. Juni

Am Dienstag, dem 16.6. mußte an der PH Berlin einmal mehr die „Universitätsfreiheit" durch Polizeiknüppel gesichert werden. Die Vorgeschichte: Jeden Monat erhält der AStA der PH ca. 6.000 Mark für seine Arbeit. Über den Verbleib dieses Geldes wollten die Buchprüfer des Unirektors Auskunft erhalten. Daraufhin weigerte sich der AStA die Bücher zur Prüfung vorzulegen, da man berechtigterweise den Verdacht einer politischen Disziplinierung hegte. Als Antwort sperrte das Rektorat die Auszahlung der Gelder, die die Studenten in jedem Semester für die Arbeit innerhalb der verfaßten Studentenschaft einzahlen.

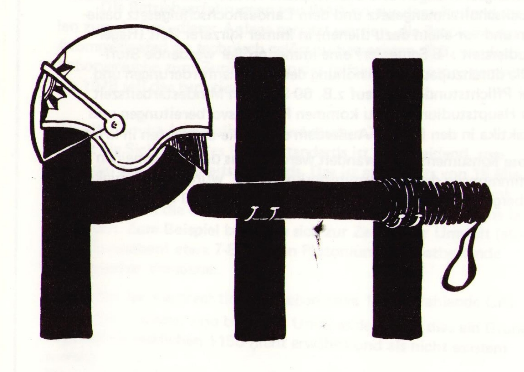
Mit einer einstweiligen Verfügung gegen diesen Schritt des Rektorats konnte die Auszahlung von 3.000 Mark bis zur „Klärung" in der Hauptsache erzwungen werden. Den PH-Studenten reichte dieser Kompromiß aber nicht aus. In einer Urabstimmung mit einer Wahlbeteiligung fon fast 60 % stimmten ca. 85 % für einen dreitägigen Streik. Dieser gut organisierte Streik führte zu einer seit langem nicht gekannten Politisierungswelle an der PH.

Nun blies der Wissenschaftssenator Löffler zum Gegenangriff. Er ließ erklären, daß die Semesteranerkennung sowie die Anerkennung der gemachten Scheine wegen des Lehrausfalls geprüft werden müsse. In der folgenden Vollversammlung wurde erneut ein dreitägiger Streik beschlossen, obwohl sich der ADS.en-AStA (Ableger der SEW) dagegen aussprach. Sie sahen ihre geliebte Gremienarbeit bereits gerettet und fielen in ihre bekannten Abwieglerpositionen zurück.

Als am Montag letzter Woche erneut Streikposten die Eingänge der PH versperrten, wußte Senator Löffler kein anderes Mittel, als im Rahmen der Staatsaufsicht die „Freiheit von Forschung und Lehre' mit dem Gummiknüppel zu verteidigen. Am Dienstag wimmelte es auf dem Campus von notstandsmäßig ausgerüsteten „Ordnungshütern". Da alle PH-Studenten potentielle Lehrer sind, leisteten auch die Fototrupps der Polizei Schwerstarbeit. Man scheute sogar nicht die Arbeit, eine Videokamera auf dem gegenüberliegenden Polizeisportplatz zu installieren und Zuliefererarbeit für den Verfassungsschutz zu leisten.

Ein Erfolg war der Bulleneinsatz jedoch nicht. Selbst die wenigen studierwilligen Studenten waren angesichts der Bullengegenwart nicht bereit, Seminare zu besuchen. Fazit: alle Seminare fielen aus.

Trotz der Festnahme von fünf Studenten war der Streik ein Erfolg, denn die Politisierung, die sich nicht nur in Gremienarbeit und verfaßter Studentenschaft messen läßt, hat einen seit langem nicht gekannten Grad erreicht. Ein Spruch an den Hauswänden der PH dokumentiert dies vortrefflich: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!



VORSTER-BESUCH – REAKTIONEN IN FRANKFURT

FRANKFURT (ID)
23. Juni

Am Mittwoch, den 16.6., hatte der AStA-Vertreter afrikanischer Befreiungsbewegungen zu einem Teach-in eingeladen. Auf dieser Veranstaltung sollte die VDS-Demonstration vom 26. Juni in Bonn anläßlich des Besuchs von Vorster vorbereitet werden, u.a. sollte diese Demonstration zur südafrikanischen Botschaft ziehen. Das Teach-in wurde jedoch nur schwach besucht. Am darauffolgenden Sonntag trafen sich Vertreter aller kommunistischen Gruppen und 10 - 15 Spontis, um ein gemeinsames Flugblatt für die VDS-Demonstration zu entwerfen und andere Aktionen gegen den Vorster-Besuch zu diskutieren. Ein wesentliches Problem des Treffens war, warum die Linke an Südafrika so wenig interessiert ist und daß es daher nicht ausreicht, wenn die Organisationen einfach zur Demonstration in Bonn aufrufen.

Ein Genosse berichtet:
"Aufstände und Massaker in Südafrika – und Vorster in der BRD. Wir waren empört, wir wollten etwas dagegen tun, daß diese Sauerei nicht ablaufen kann und wir habens nicht kapiert, warum die Genossen nicht ähnlich reagierten. Wir wollten eine Aktion machen, die die Genossen zwingt, sich damit auseinanderzusetzen. Die Besetzung einer südafrikanischen Institution haben wir dann nicht gemacht, wir waren zu wenige. Wir haben statt dessen auf der Zeil agitiert: Ein Teil schwarz angemalt, der andere als Polizist verkleidet. Die Schwarzen gehen in ein Cafe und werden rausgeprügelt – das Cafe ist nur für Weiße. Dasselbe in der Strassenbahn, dazu Flugblätter und Erklärungen über Megaphon. Die Leute waren zum Teil erst mal verblüfft, vor allem in der Straßenbahn, wo sie der Geschichte nicht ausweichen konnten, haben viel mehr als sonst Flugblätter genommen und sie auch gelesen. Aber wir waren die einzige Gruppe, die das gemacht hat, so 10 bis 20 Leute; wir konnten das natürlich nur punktuell machen."

Auf der Veranstaltung am 23.6. waren etwa 200 - 300 Leute, es worde über "Internationalismus" und "Anti-Imperialismus" diskutiert.

ANSCHLAG AUF SÜDAFRIKANISCHES REISEBÜRO

ERKLÄRUNG

In einer Erklärung übernehmen "Freunde des Befreiungskampfs der afrikanischen Völker" die Verantwortung für die Aktion auf das südafrikanische Verkehrsbüro in Frankfurt an der Hauptwache 11, Freitag, den 18.6.76:

"Wir erfuhren von dem Gemetzel der faschistischen SA-Bullen an Farbigen: Schülern, Arbeitern und Studenten und haben uns spontan entschlossen, unsere Wut in dem faschistischen SA-Verkehrsbüro auszudrücken.

Wir meinen, daß solche Aktionen für jede(n) Genossin(en) machbar sind und notwendig sind, soll der antiimperialistische Kampf nicht total auf den Hund kommen. Da das faschistische Vorster–Regime auf den Knochen der farbigen Arbeiter an dem südafrikanischen Gold Milliarden Dollar verdienen, gebührt es diesen Faschisten, wenn ihr Frankfurter Büro golden gestrichen wird. Wir besorgten uns goldene Farbe, Steine und Stinkbomben, gingen ins Büro und ließen eine Rundreise durch SA zusammenstellen. Während man uns die Rundreise zusammenstellte, nahmen wir ein Büro auseinander. Goldfarbe an Wänden, Schreibtischen und Velourteppichen, kaputte Fenster und Möbel. Die Aktion dauerte 1 Minute, die Bullen brauchten 3. Es rückten ein Ford-Transit, zwei VW-Busse und drei Streifenwagen an."

NEUHERAUSGABE DES BOMMI–BUCHES

MÜNCHEN (ID)
23. Juni

380 Herausgeber hat das neue Bommi-Buch, – Verlage, Buchhandlungen, Schriftsteller, Zeitungen, Hochschullehrer, Hausfrauen, Musikgruppen undsoweiter. Nachdem das Buch im November letzten Jahres verboten und Verlag, Druckerei und Buchläden von Polizei und Staatsanwaltschaft heimgesucht worden waren, schien es angebracht, sich den Maulkorb doch nicht so einfach umhängen zu lassen.

Im Rahmen einer Pressekonferenz, an der Volker Schlöndorff, Prof. Dieter Richter aus Bremen, Rechtsanwalt Jürgen Arnold, je ein Vertreter des VLB (Verband Linker Buchläden und Verlage), des Trikont-Verlages und des schwedischen Schriftstellerverbandes teilnahmen, und bei der unter anderem das schwedische Fernsehen anwesend war, wurde es am Mittwoch letzter Woche herausgegeben.

Zur gleichen Zeit fand draußen ein Basar statt, der von Vertretern der Initiative Bremer Hochschullehrer „Aufforderung zum Widerstand gegen Zensur und Berufsverbot" und verschiedenen

Münchner Gruppen gemacht wurde. Es gab Sonne, Musik, Information, Theater und außerdem noch verbotene Literatur. Polizei und Staatsanwaltschaft griffen nicht ein.



EINE ZEITUNG VON FRAUEN FÜR FRAUEN

WESTBERLIN (ID) 20. Juni Mit einem großen Frauenfest wurde in der letzten Woche die erste größere Frauenzeitung in Berlin vorgestellt. „Courage" heißt sie, wird von einigen Frauen aus dem Frauenzentrum in Zusammenarbeit mit einigen Journalistinnen gemacht. Sie soll monatlich herauskommen, an Kiosken vertrieben werden und kostet drei Mark.

In der Selbstdarstellung von „Courage" heißt es:

„Wir brauchen eine Zeitung, die Frauen darin unterstützt, politische Verantwortung zu übernehmen und sie ermutigt, Privilegien und Macht zu beanspruchen.

In Frauenzeitschriften, deren leitende Positionen durchweg von Männern besetzt sind, wird als Unterhaltung angeboten, daß die Anpassung an das anerzogene Frauenbild gar nicht schwer sei. Viele Seiten und tausend Tips zu den Themen Mode, Schönheit, Kosmetik, Diätkuren, Kochrezepte und Reisen suggerieren den Frauen Attraktivität und Jugend. Vorher-Nachher-Beispiele sollen uns zeigen, daß jede Frau ihr Aussehen „selbst bestimmen" kann.

Andere Themen, die Frauen für die Medien interessant werden lassen, dienen demselben Anpassungsziel: so werden Frauen, die ungewöhnlich viele Kinder entbinden und aufziehen, glorifiziert. Berichte über Frauen, die Kinder und Ehemänner vernachlässigen, sollen jeden Versuch, aus ihrer Rolle auszubrechen, von vornherein diffamieren.

In den Tages-, Wochen- und Monatszeitungen wird über Frauen nur berichtet, wenn sie Positionen in Politik, Wissenschaft und Kunst erobert haben, und halten können. In die Auswahl dieser Berichterstattung geht die Vorstellung der Männer ein, daß Frauen, die sich in Bereichen Behaupten, die seit dem Ursprung der Familie für Männer resierviert sind, eine große Ausnahme sind und bleiben müssen. Wo Frauen eigentlich hingehören, erfahren wir auf der „Seite für die Frau", wo uns wieder klargemacht wird, daß die Bereiche Intimität, Kindererziehung, Geselligkeit und Unterhaltung unsere Lebensinhalte umfassen sollen.

Frauen fangen an, sich für ein neues Selbstverständnis in unserer Gesellschaft zu interessieren und einzusetzen. Um die Entwicklung der Identität als Frau zu fördern, ist es notwendig, alle – inneren und äußeren – Formen der Ausbeutung und Unterwerfung aufzuzeigen und die Wirksamkeit ihrer ideologischen Verschleierung aufzudecken.

Deshalb brauchen wir eine Zeitung, die die politische Handlungsfähigkeit der Frauen nicht einschränkt, die ein Mittel ist, die Inhalte und Formen eines auf Selbstbestimmung beruhenden Frauenverständnisses zu diskutieren und die Auseinandersetzung darüber voranzutreiben. Diese Aufgabe soll die Berliner Frauenzeitung „Courage" haben.

Mit „Courage" wollen wir Frauen ansprechen, die mit ihrer Rolle unzufrieden werden und keine Angst haben, die Gründe ihrer Unzufriedenheit – ob sie in der Familie oder im Beruf liegen – zu benennen und zu verändern. Auch staatliche Institutionen wie Parlamente oder Gerichte werden einer radikalen Kritik ausgesetzt, wenn sie frauenfeindliche Politik betreiben. Dasselbe gilt für Institutionen, die wie die Kirche oder die Familie, Frauen direkt in den Fesseln moralischer „Werte" halten. Frauen, die unsere Zeitung lesen, werden bestärkt, Kritik zu üben. Sie stellen zunehmend die Gesellschaft in Frage, die auf der Unterdrückung der Frauen basiert. Sie akzeptieren keine, die – gleich unter welchem Vorwand – diese Unterdrückung beibehält oder wieder einführt.

Wir wollen Frauen jeden Alters erreichen: Frauen zwischen 15 und 45 und auch ältere und alte. Wir richten uns an Schülerinnen und Studentinnen, denen es aufgrund ihrer Ausbildungssituation leichter fällt, sich zu Frauengruppen zusammenzuschließen. Angestellte, Verkäuferinnen und Arbeiterinnen wollen wir durch unsere Berichterstattung über die Situation am Arbeitsplatz und die Frauenpolitik der Gewerkschaften ansprechen. Die kritische Beleuchtung der Situation der Hausfrau und ihrer Weiterbildungsmöglichkeiten wendet sich an die Hausfrauen in den Wohngehettos wie dem Märkischen Viertel oder in Gropiusstadt. Berichte über die Situation der Rentnerinnen werden nicht nur für diesen Leserinnenkreis geschrieben, sondern sie sind auch ein Appell an jüngere Frauen, solche unwürdigen Bedingungen rechtzeitig zu verhindern, wenn diese nicht zu ihrem eigenen „Schicksal" werden sollen. Und natürlich wenden wir uns an die Frauen der Frauenbewegung in den Frauenzentren, in unabhängigen Frauengruppen und im Lesbischen Aktionszentrum, weil es uns mit dieser Zeitung darum geht, die Situation der Frauen zu verändern und nicht nur, sie zu interpretieren. Das aber können wir nicht als Redaktion, sondern nur als Teil der Frauenbewegung.

Wir wollen den Einfluß der Frauenbewegung systematisch und kontinuierlich ausweiten. Aus diesem Grund haben wir eine feste Redaktion gebildet, die an den Erfahrungen ihrer Veröffentlichungen lernt, um die Zeitung zu verbessern. Dazu gehört, daß wir eine Sprache finden, mit der wir die Frauen, die wir erreichen wollen, auch ansprechen können.

Die Vermittlung der Frauenbewegung ist für uns einer der Gründe, warum wir uns entschlossen haben, eine lokale Zeitung statt einer überregionalen herauszugeben. Als Redaktion sind wir auf einen kontinuierlichen Diskussionsprozeß angewiesen. Wir können noch keine Korrespondentinnen in allen Teilen der Bundesrepublik und im Ausland haben. Dazu fehlen uns die Mittel. Wir erscheinen lokal und sind in Berlin an allen Kiosken zu erhalten. Überregional werden wir unsere Zeitung über die Frauenbuchläden, die Frauenzentren, den linken Buchhandel usw. verbreiten.

Wenn wir genügend Erfahrungen aus unserer Arbeit gezogen haben und wenn sich unser Konzept als erfolgreich erweist, können wir die Zeitung überregional entwickeln.

Für die erste Zeit unserer Arbeit sind wir angewiesen auf Spenden und Kredite. Wir bitten daher Frauen, die über Geld verfügen, uns zu unterstützen und uns einen Kredit zu geben. Auch kleinere Spenden von zehn, 50 oder 100 Mark helfen uns.

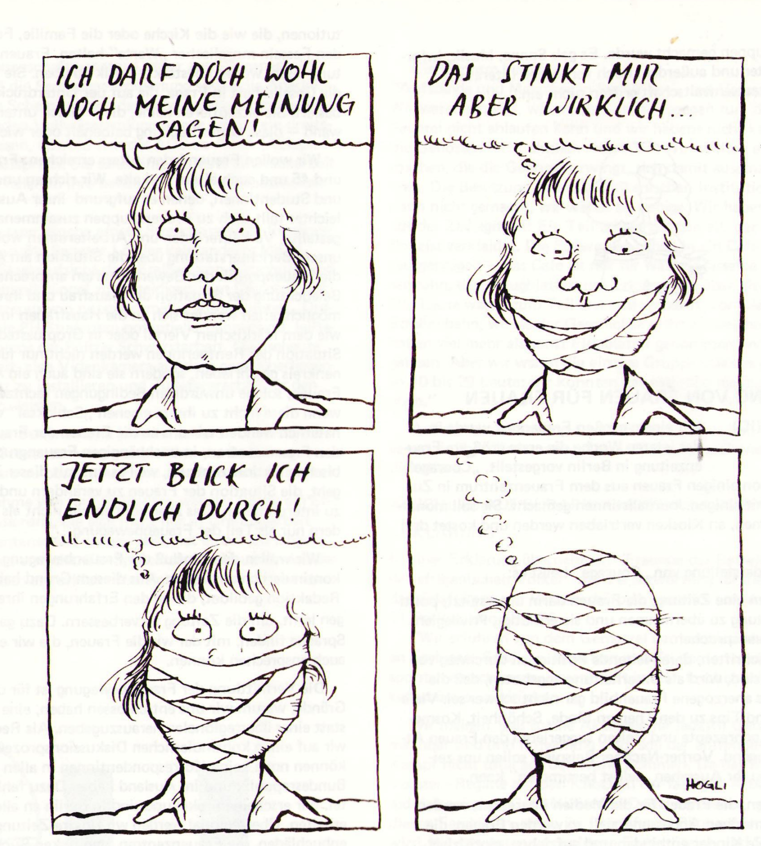
„Courage" soll ab Herbst 1976 erscheinen. Eine Nullnummer bereiten wir schon früher für die Diskussion in der Frauenbewegung vor. Frauen, die uns durch Geld oder Artikel unterstützen wollen, können uns – die Redaktion der Berliner Frauenzeitung „Courage" – erreichen unter der Adresse:

Berliner Frauenzeitung „Courage", Postfach 309, 1000 Berlin 62. (eingeschriebene Sendungen: c/o M. Schmid)

Spenden und Überweisungen brauchen wir dringend, unser Konto:

Berliner Bank (BLZ 100200 00), Sonder konto Berliner Frauenzeitung „Courage", (S. Zurmühl), Nr. 1985083200), Postscheckkonto der Berliner Bank hat die Nummer 22000 - 120 Postscheckamt Westberlin.

In der Nullnummer gibt es unter anderem Berichte über Frauen im Druckerstreik, Leichtlohngruppen, zum Tod von Ulrike Meinhof, Pfingsttreffen der lesbischen Frauen, Frauen in Portugal, Feminismus und Geld und viele s andere. Viele Berichte wurden in der ersten Nummer noch nicht angeschnitten. Auch wäre es sicher dufte, wenn sich die neue Zeitung nicht nur in den Inhalten, sondern auch in der Aufmachung von den „Männermedien" unterscheiden würde. Doch villeicht kommt das noch.



INTERNATIONALES

EIN BESUCH IM FRAUENHAUS

LONDON(ID)
Mai 76

Die öffentliche Diskussion um Frauenhäuser und unser eigenes Interesse am Aufbau eines solchen Hauses hat uns angeregt, das Frauen=haus in London Chiswick zu besuchen. Wir, 5 Frauen aus Bremen haben uns dort 2 Stunden mit einer Sozialarbeiterin unterhalten, die dort tätig ist.

STRUKTUR

Das Frauenhaus ist vor vier Jahren durch Eigeniniative einer Frau aufgebaut worden. Im Haus stehen folgende Räume zur Verfügung: 2 Gemeinschaftsräume, 1 Mitarbeiterraum, 3 Schlafräume, 1 Eßraum Küche, Waschraum. Auf dem Hinterhof des Hauses sind die älteren Jungen*(8-10 Jahre) in einer Holzbaracke untergebracht. In einer nahegelegenen Kirche ist der Kindergarten eingerichtet. Die Kinder werden von einem Mann und einer Frau betreut. Auch Mütter helfen sporadisch mit. Zur Zeit unseres Besuches lebten im Frauenhaus 30 Frauen und 70 Kinder.

MITARBEITER

3 weibliche und 1 männlicher Mitarbeiter arbeiten dort. Letzterer deswegen, um den Frauen bei behördlichen Angelegenheiten, insbe=sondere bei Gericht , zu helfen. Es besteht die Auffassung, daß diese Institutionen den Argumenten eines Mannes zur Frauenproblematik zugänglicher sind.

FINANZIERUNG

Das Haus wird monatlich mit 2000 Pfund (1PF. ca.4.80DM) von der örtlichen 'Community' bezuschußt. Weitere Gelder bekommen die Frauen durch private Spenden. Eine dem deutschen Sozialamt entsprechende Institution (welfare) zahlt monatlich eine Mietpauscha le für das Haus.Die Frauen selbst bekommen von dieser Institution 5 Pfund und 1 Pfund pro Kind Unterstützung. Von diesen Satz müssen sie noch Geld für Essen und Wohnen abgeben, so daß nur ein geringesTaschengeld übrig bleibt. Da die Frauen in ihrer psychischen Verfassung nicht arbeiten können., haben sie keine weiteren Ein=nahmen.

OPEN DOOR POLICY

Das Haus ist offen für jede Frau. Sie findet Zuflucht (refuge) und sofortige Unterkunft mit ihren Kindern, bzw. kann sich dort jeder=zeit informieren und beraten lassen.Den Zeitraum des Aufent=haltes in diesem Haus können die Frauen selbst bestimmen; durch=schnittlich beträgt er zwischen 3 und 9 Monaten. Anschließend gehen sie, je nach ihrer eigenen Entscheidung zurück zu ihren Männern oder ziehen in Wohngemeinschaften, in denen je 4-5 Frauen mit Kindern wohnen. Diese Wohngemeinschaften sind organisatorisch vom Frauenhaus unabhängig; die Kontakte sind rein informeller Art. Neben den Wohngemeinschaften gibt es auch Häuser mit Einzel=wohnungen. Gemeinschaftsräume geben hier den Frauen Möglichkeit zum Zusammensein.

Die Wohnungen/Häuser werden vom 'government' angefordert; dieses ist verpflichtet, Wohnungslosen eine Wohnung zur Verfügung zustel=len. Personen mit Kindern stehen in der Prioritätenliste an erster

Stelle. Die bereitgestellten Wohnungen liegen meist in Sanierungs= -- und Abbruchgebieten. Kommt das government dem Bedarf nicht nach schnell genug, greifen die Frauen zur Selbsthilfe und besetzen Häuser, in denen sie dann 1/2 bis 1 Jahr wohnen. Werden die Bruch= buden abgerissen, muß das government ihnen andere Häuser zur Verfügung stellen.

PRINZIPIEN

3 Prinzipien bestimmen das Zusammenleben der Frauen im Frauen= haus(inwieweit diese Regelungen auch für die Wohngemeinschaften gelten ist uns nicht klar):

— keine männlichen Freunde im Haus
— kein Alkohol
— keine Gewaltanwendung

Die Einhaltung dieser Prinzipien ist verpflichtend. Davon abgesehen ist die Form des Zusammenlebens nicht weiter durch formelle Regelungen strukturiert. Die notwendige Zusammenarbeit in der Haushaltung(allmorgendliche Reinigung des Hauses; Zubereitung der Mahlzeiten) wird durch einen Plan, den die Frauen erstellen,geregelt. Neben dieser "Haushaltungspflicht" sind die Frauen für ihre Kinder verantwortlich. Es besteht eine Pflegepflicht. Dies ist der Punkt, an dem die Sozialarbeiter von sich aus kritisch eingreifen, während sonst von den Frauen Eigeniniative zu Gesprächen oder Beratungen er= wartet wird.Andere Formen von Organisation(z.B. Quatschgruppen, Beratungstherapie Therapie-, Selbsterfahrungsgruppen) gibt es nicht, es sei denn, aus eigenem Bedürfnis der Frauen geweckt.

Eine feste Form des gemeinsamen Gesprächs hat sich während des Zusammenseins ergeben: jeden Morgen, wenn die Post kommt, wer= den die Briefe gemeinsam geöffnet und die aktuellen Probleme (Scheidungsangelegenheiten) besprochen.

PÄDAGOGISCHER ANSATZ

Die Mitarbeiter(innen) haben kein Konzept einer Planung und Organi sation von Lernprozessen, sondern entwickeln ihr Verhalten aus den Erfahrungen. Sie gehen nur reaktiv auf die Frauen ein, d.h. wenn sie um Beratung und Unterstützung gebeten werden. Sie verstehen ihre Arbeit als momentane Hilfe , die die Frauen aus der aktuellen Zwangs lage befreien soll. Die Situation der Frauen wurde uns wie folgt be schrieben: in der Ehe sind sie meist in die Isolation gedrängt worden. Waren sie mit Frauen befreundet,wurden sie leicht als lesbisch stigmatisiert; Kontakte zu anderen Männern waren aufgrund des üb= lichen Eheverständnisses sowieso tabuisiert. Freundschaften waren nur durch oder mit dem Mann möglich. Wenn die Frauen dann in das Frauenhaus kommen, sind sie sowohl psychisch wie physisch geschädigt. Auf diesem Hintergrung erklärt sich ein starkes Kontakt= verhältnis. Das drückt sich in dem Wunsch aus, mit mehreren Frauen die Schlafräume zu teilen. Dieser enge Kontakt schafft eine gespannte Atmosphäre (exciting atmosphere), die die Mitarbeiter als konstruk= tiv für die Bereitschaft der Frauen, sich mit ihren Problemen zu beschäftigen, empfinden.

AUSSENKONTAKTE

Die Außenkontakte der Frauen sind beliebig, nur mit der Auflage, daß keine Männer die Schwelle des Frauenhauses übertreten. Der Kontakt zu den Ehemännern ist stark eingeschränkt oder abgebrochen. Eine neue Iniative will diesen männlichen Wesen ein Haus zur Ver= fügung , wo sie die Möglichkeit haben, das Problem ihrer Gewalt= tätigkeit u.a. anzugehen(men's aid)

Ist auch nötig!!!!

LIP VIVRA — BERICHT VON EINEM GESPRÄCH MIT VERTRETERN DER GEWERKSCHAFT CFDT

BESANCON (ID) 24. Juni

Am 17.6.1976 besetzten ca. 500 Arbeiter und Angestellte der bekannten französischen Uhrenfabrik LIP den Bahnhof von Besancon, um für eine halbe Stunde den Schnellzug Paris—Marseille aufzuhalten und somit der Öffentlichkeit eindrücklich zu zeigen, daß die 900 Belegschaftsmitglieder bei LIP den Kampf um ihre Arbeitsplätze wieder aufgenommen haben (siehe auch ID Nr. 129).

Am 3.5.76 meldete die Firma den Konkurs an und sprach für alle 900 Werksangehörigen Kündigungen aus — fristlos. Daraufhin besetzten diese den Betrieb. Warum greifen die Arbeiter und Angestellten zu diesem Kampfmittel?

Sie sind aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation dazu gezwungen. In Frankreich gibt es zur Zeit etwa 1 Million Arbeitslose, das entspricht einer Arbeitslosenquote von ca. 10 %. Verschärfend kommt hinzu, daß viele Bereiche der Industrie als Monostrukturen aufgebaut sind und Ausweichmöglichkeiten für die Arbeitslosen zusätzlich erschweren. In der Region Besancon dominiert die Uhrenindustrie (ca. 8 000 Beschäftigte). Die gesamte Uhrenindustrie,die sich in drei Zentren ballt (insgesamt ca. 13 000 Beschäftigte auf 220 Betriebe), befindet sich zur Zeit in einer Absatzkrise. Die 900 Beschäftigten von LIP können nicht hoffen, eine neue Stelle in ihrem Beruf zu finden. Auch in anderen Bereichen gibt es zur Zeit wenig Arbeitsplätze, in der Region Besancon sind 17 000 Menschen arbeitslos. Die 2 CFDT-Funktionäre von LIP sagen, daß es nicht notwendig gewesen wäre, den Konkurs anzumelden. Bei LIP ging es nicht schlechter als in anderen Betrieben. Aber der Staat hat nicht geholfen, keine Subventionen, keine Investitionshilfen — wegen 1973.

Was wollen die Belegschaftsmitglieder bei LIP angesichts dieser Lage?

In dem Gespräch mit Roland Vittot (CFDT), Bernard Girardot (CFDT) und Hannelore Klein wurde unmißverständlich klargestellt, daß man zwar einerseits radikal für die Erhaltung der 900 Arbeitsplätze und gegen die Aufsplitterung des Betriebes in kleinere Produktionsbereiche (z.B. Gehäuse, Munition, optische Präzisionsgeräte) eintritt, daß man aber nichts dagegen hat, die Gesamtproduktion umzustellen, wenn damit der Absatz verbessert werden kann, und daß es gleichgültig ist, wer den Betrieb führt. Wenn der Staat den Betrieb nicht übernehmen will, soll es ein anderer Kapitalist tun. Hauptsache ist, die Arbeitsplätze bleiben erhalten. Es gibt ein Komitee, das mit staatlichen und gewerkschaftlichen Vertretern besetzt ist, das darüber Verhandlungen führt.

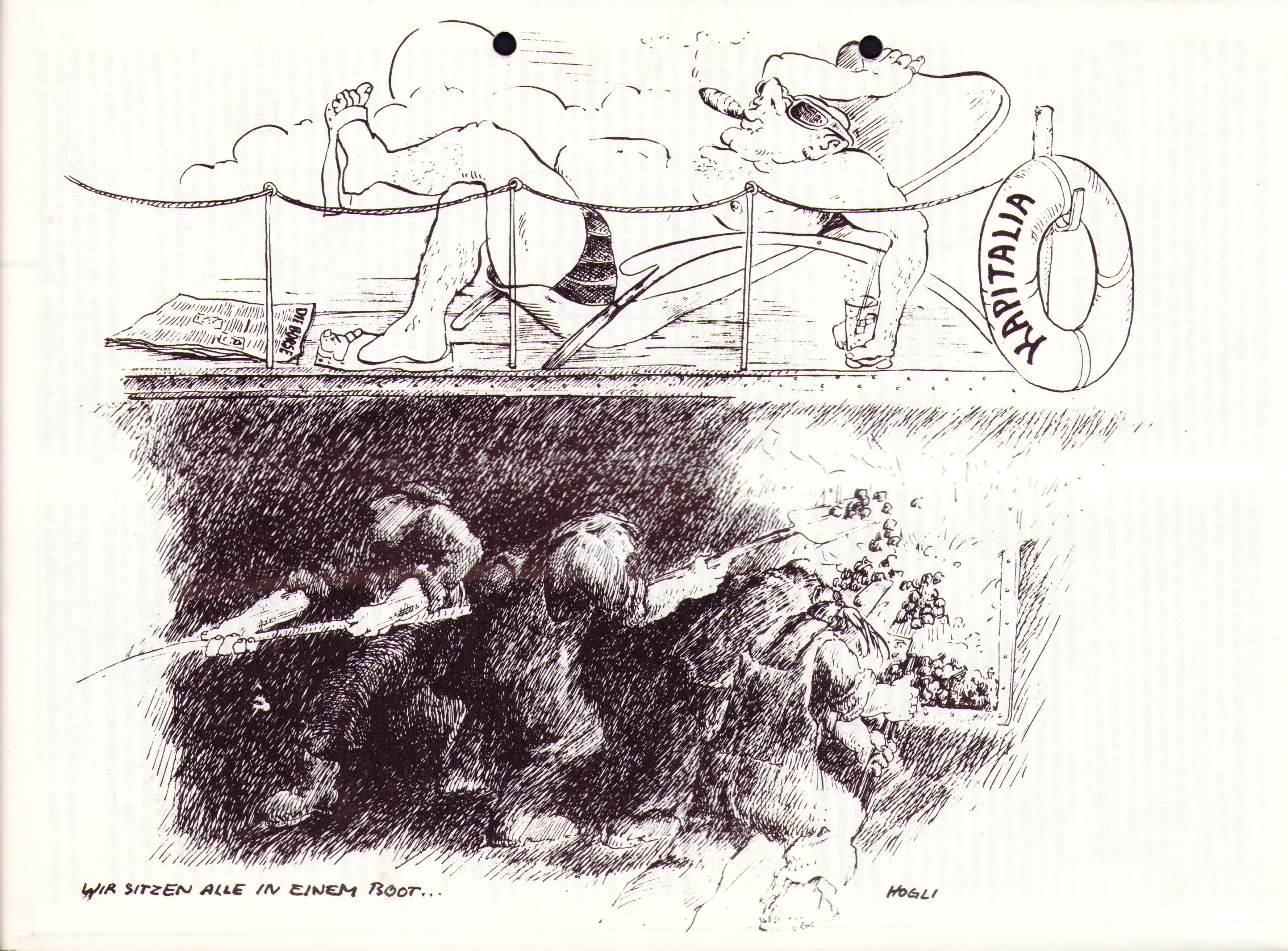
Unter der Losung LIP VIVRA haben die Belegschaftsmitglieder, die zu 2/3 gewerkschaftlich organisiert sind, den Kampf aufgenommen. Und sie führen ihn mit ähnlichen Mitteln und Anstrengungen wie 1973:

tägliche Vollversammlungen
Kommissionen mit verschiednen Aufgaben
kulturelle und sportliche Veranstaltungen
Öffentlichkeitsarbeit (Aufkleber, Plakate etc.)
Zusammenarbeit mit anderen Betrieben und Beteiligung an nationalen gewerkschaftlichen Aktionen.

Die Popularisierung der Kämpfe ist neben der breiten Entfaltung von Basisinitiativen ein wesentlicher Faktor. Die Belegschaftsmitglieder bemühen sich, jedem der sich für ihre Anliegen interessiert, diese verständlich zu machen. Auch die Gewerkschaftsfunktionäre sind gerne bereit, Auskunft zu geben. Jeden Tag finden Werksführungen statt, in denen mit Stolz die Produktion vorgeführt wird. Alle haben eine starke Bindung an den Betrieb. Selbst die Angestellten, die 1973 noch zurückhaltend waren, haben ihre Illusionen in friedliche Lösungen aufgegeben. Man stellt sich auf einen langen Kampf ein, in dem auch wieder mit Polizeieinsätzen zu rechnen ist. Sollte die Polizei das Werksgelände mit Gewalt räumen, werden die Streikenden ihre Aktivitäten von einem Lokal her vorbereiten und durchführen. Man bereitet sich auch darauf vor. Solidarität zwischen Arbeitern und Angestellten, ein hohes politisches Bewußtsein und eine breite Kampfbereitschaft beeinflussen das Kräfteverhältnis zugunsten der LIP-Belegschaft.

Man sieht die Gefahr, die damit verbunden ist, daß noch für zwei Monate die vollen Löhne und Gehälter ausbezahlt werden und für ein Jahr mit 90 % des früheren Lohnes zu rechnen ist. Bekommt jemand ein Angebot vom Arbeitsamt, so geht gleich eine ganze Gruppe zur kollektiven Verhandlung mit. Die individuellen Angebote werden ausgeschlagen, solange es geht.

Eine Lösung ist nicht individuell herbeizuführen. Es werden strukturelle Veränderungen notwendig, wenn LIP leben soll. Diese Einsicht ist bei vielen vorhanden und muß noch weiter verbreitet werden. Denn: LIP VIVRA !


DIE BÖRSE
KAPITALIA
WIR SITZEN ALLE IN EINEM BOOT...
HOGLI